

## **16. Sitzung (Sondersitzung)**

am Samstag, dem 31. Oktober 2020

### **Inhalt**

**Regierungserklärung des Senats zum  
Thema „Bekämpfung des Coronavirus,  
der SARS-CoV-2-Pandemie“**

|   |      |
|---|------|
| Bürgermeister Dr. Bovenschulte.....                     | 2093 |
| Abgeordneter Röwekamp (CDU) .....                       | 2099 |
| Abgeordneter Güngör (SPD) .....                         | 2106 |
| Abgeordnete Dr. Müller (Bündnis 90/Die<br>Grünen) ..... | 2110 |
| Abgeordneter Janßen (DIE LINKE).....                    | 2113 |
| Abgeordnete Wischhusen (FDP) .....                      | 2118 |
| Abgeordneter Timke (BIW).....                           | 2125 |
| Abgeordneter Beck (AfD) .....                           | 2126 |
| Abgeordneter Röwekamp (CDU) .....                       | 2127 |

**„Es ist die Stunde der gemeinsamen  
Verantwortung!“**

**Resolution der Bremischen Bürgerschaft  
zur Bekämpfung der Coronapandemie  
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis  
90/Die Grünen, DIE LINKE und der CDU  
vom 30. Oktober 2020**

**(Drucksache 20/676) .....2129**

**Zweiten Lockdown verhindern – mildere  
Alternativen prüfen, bisherige Regeln  
endlich konsequent umsetzen!**

**Antrag der Fraktion der FDP  
vom 30. Oktober 2020**

**(Drucksache 20/677) .....2130**

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Ahrens, Fecker, Frau Grobien,  
Jürgewitz, Magnitz, Pörschke, Rupp, Tuncel, Weiß.

Präsident Imhoff eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr.

**Präsident Imhoff:** Die 16. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 9 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch die Eingänge gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um die Tagesordnungspunkte zwei und drei.

Zu diesen Tagesordnungspunkten ist vereinbart worden, dass sie ohne Debatte behandelt werden und die Inhalte der Anträge in die Debatte über die Erklärung des Senats einfließen.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Abgeordnete, es ist nach unserer Recherche und nach meiner Erinnerung bisher nicht vorgekommen, dass das Parlament an einem Feiertag zusammenkommen musste. Das ist auch ein deutliches Signal an die Bevölkerung.

Wir als Bremische Bürgerschaft, als Landtag, wir waren und wir sind handlungsfähig.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Wir werden in dieser ungewöhnlichen Zeit unserer Pflicht als Gesetzgeber und der parlamentarischen Kontrolle nachkommen – auch an einem Feiertag!

Am Anfang der Coronapandemie im Frühjahr dieses Jahres standen wir vor einer völlig neuen Notfallsituation. Es gab noch keine Erfahrungen mit dem Virus und schon gar nicht im richtigen Umgang mit dieser neuen Pandemie. Es mussten schnelle und effektive Entscheidungen getroffen werden. Das war richtig, das war wichtig und viele haben von der Stunde der Exekutive gesprochen.

Heute sind wir aber sieben Monate weiter, in denen wir mit der Pandemie leben mussten und wir müssen noch weitere Monate vielleicht Jahre, aktuell mit rasant steigenden Infektionszahlen, umgehen. Es ist meine tiefste Überzeugung: Wenn wir über so einen langen Zeitraum so weitreichende Eingriffe in die Grundrechte und die Freiheiten der Menschen vornehmen, dann ist es unsere Pflicht, dass wir als Parlamentarier dazu öffentliche Debatten führen, dass wir uns beteiligen und zur Not unsere Beteiligung einfordern. Denn Sie alle, wir alle, sind die gewählten Volksvertreter und haben das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger bei der letzten Wahl geschenkt bekommen. Wir müssen dieses Vertrauen selbstbewusst vertreten.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Viele der Coronamaßnahmen werden auf den Straßen in Bremen und Bremerhaven kontrovers diskutiert. Gerichte beschäftigen sich zunehmend häufiger mit der rechtlichen Frage, ob die erlassenen Maßnahmen auch verhältnismäßig sind. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir im parlamentarischen Raum darüber debattieren, um Öffentlichkeit herzustellen, um zu erklären, um zu informieren, um abzuwägen und auch um zu justieren. Nur so können wir hoffentlich Akzeptanz für die Eingriffe in unseren Alltag schaffen. Allein Pressekonferenzen des Senats ersetzen die parlamentarischen Debatten dabei nicht, meine Damen und Herren.

Die Gewaltenteilung ist für viele ein abstrakter Begriff. Es geht darum, dass wir uns die Gewalt teilen und am Ende das Beste für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes herausholen: Die Gerichte als rechtsprechende Gewalt, das Parlament als gesetzgebende Gewalt und der Senat als ausführende Gewalt. Jeder nimmt seine Aufgabe für das Gemeinwohl wahr. Die Bremische Bürgerschaft nimmt heute ihre Aufgabe wahr und muss es auch

in den kommenden Monaten verstärkt tun, denn in unserer Verfassung ist nicht ohne Grund das unveränderliche Grundrecht verankert, dass sich staatliches Handeln auf Gesetze stützen muss, denn sie entziehen sich der Kontrolle unseres Parlamentes nicht, sondern sie sind der Pfeiler unseres demokratischen Handelns.

Trotz unterschiedlicher Aufgaben und Befugnisse ist der Auftrag für uns alle aber derselbe. Gemeinsam ist es unsere Pflicht, die besten Lösungen für die Menschen in Bremen und Bremerhaven zu finden. Daran werden wir alle weiterarbeiten und ich wünsche Ihnen dazu heute gute Debatten und auch zukünftig viel Glück bei Ihren politischen Entscheidungen.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

### **Regierungserklärung des Senats zum Thema „Bekämpfung des Coronavirus, der SARS-CoV-2-Pandemie“**

Der Senat hat mit dem Schreiben vom 30. Oktober 2020 gemäß § 50 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die Absicht mitgeteilt, eine Regierungserklärung abzugeben.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Dr. Bovenschulte.

**Bürgermeister Dr. Bovenschulte:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Bekämpfung der Coronapandemie ist das, was mich, was den Senat und was wohl auch Sie derzeit am meisten beschäftigt, aber es gibt auch noch andere Ereignisse in diesem Land und in der Welt, die nach unserer politischen und menschlichen Aufmerksamkeit verlangen.

Deshalb möchte ich vorweg, vor der Debatte, zunächst sagen, dass meine Gedanken in diesen Stunden auch bei unseren Freundinnen und Freunden unserer Partnerstadt Izmir sind. Izmir ist von einem verheerenden Erdbeben getroffen worden, mit vielen Toten und Verletzten. Das kann uns nicht gleichgültig lassen und wir werden nicht nur verbale Solidarität üben wollen und müssen, sondern wir werden auch als Senat unverzüglich Kontakt aufnehmen und unsere Hilfe anbieten, denn

eines ist für mich klar: Unsere Freundinnen und Freunde werden wir in so einer schweren Zeit nicht im Stich lassen, auch wenn wir selbst viel mit der Pandemie hier und in der Türkei zu tun haben. Praktische Solidarität zwischen Partnerstädten ist gerade in so einer Situation das Gebot der Stunde.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu Beginn betonen, dass ich mich freue, heute hier vor Ihnen reden zu können, denn ich bin der festen Überzeugung, dass es gut und richtig ist, dass sich die Regierung hier in der Bürgerschaft auch an einem Samstag, zumal an einem Feiertag, erklärt. Das ist nicht nur das selbstverständliche, verfassungsmäßige Recht des Parlamentes, es gibt dem Senat auch die notwendige politische Rückendeckung, gerade angesichts solch schwerwiegender Entscheidungen, wie wir sie heute debattieren.

Ich freue mich, dass wir hier in Bremen schon seit Beginn der Pandemie einen vertrauensvollen und konstruktiven Austausch zwischen dem Senat und der Bürgerschaft in der Frage pflegen, wie wir die Pandemie am effektivsten und zugleich am verhältnismäßigsten und mit den wenigsten Schäden für unser Gemeinwesen bewältigen können. Die demokratischen Teile der Opposition möchte ich da ganz ausdrücklich mit einbeziehen und mich für die große Unterstützung während der gesamten Coronapandemie bedanken. Meine Damen und Herren, ich persönlich und der Senat, wir wissen das sehr zu schätzen. Ganz herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Gestatten Sie mir, wie in einer Regierungserklärung zur Coronapandemie üblich, einen kurzen Rückblick auf das Infektionsgeschehen in den vergangenen Wochen, weil wir alle wissen, wie viel sich da getan und wie sehr sich die Situation geändert hat: In den letzten Wochen hat Bremen in der meisten Zeit gar nicht so schlecht dagestanden, eine Situation, die sich leider dramatisch zum Schlechteren gewendet hat. Nachdem uns die sogenannte erste Welle längst nicht so hart getroffen hatte wie manch andere Städte und manch anderes Land, sind wir auch noch gut durch den Sommer gekommen und standen auch bis Ende September ganz gut da. Es erscheint wie aus einer anderen Zeit.

Seither aber, seit der letzten Septemberwoche, erleben wir vor allem in der Stadtgemeinde Bremen

einen steilen Anstieg der Infektionszahlen. Am 6. Oktober stieg die 7-Tage-Inzidenz – also die Zahl der Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner innerhalb einer Woche – über den Schwellenwert von 50. Gestern dann, nur gut drei Wochen später, erreichte sie ihren bisherigen Höchststand von 196. In Bremerhaven war die Entwicklung länger stabil. Erst Ende Oktober überschritt die Seestadt den Warnwert von 35, nur drei Tage später allerdings dann schon den Schwellenwert von 50.

Meine Damen und Herren, in beiden Städten unseres Bundeslandes müssen wir, wenn auch von unterschiedlichen Niveaus ausgehend, derzeit leider ein exponentielles Wachstum bei den Neuinfektionen registrieren. Das allerdings ist nicht nur in Bremen und in Bremerhaven so, das ist der Trend in ganz Deutschland, ja in ganz Europa, und das ist vor allem ein Problem der dicht besiedelten Großstädte und der Ballungsräume. Bremen ist Handels- und Industriezentrum im Nordwesten mit fast 600 000 Einwohnern und mehr als 100 000 Einpendlerinnen und Einpendlern pro Tag und ist damit in der Pandemie mit genau den Problemen konfrontiert, die andere Großstädte in Deutschland und Europa auch kennen.

Drei von vier kreisfreien Städten und Landkreisen liegen mittlerweile oberhalb des Schwellenwerts von 50. Die gesamtdeutsche Inzidenz lag vor vier Wochen noch bei 15 im Durchschnitt der Bundesrepublik, heute liegt sie bei über 100, und das trotz aller in den vergangenen Wochen deutschlandweit verhängten Beschränkungen und schärferen Regeln. Das ist das wirkliche Problem: Wir haben bislang weder in Deutschland noch in Bremen die Dynamik des Ausbruchsgeschehens in den Griff bekommen, obwohl wir früh und streng und koordiniert – und in Bremen sogar früher und strenger als anderswo – reagiert haben.

Nun sagen viele: Die Zahl der Neuinfektionen, was sage die schon aus? Das sei doch nicht alles. Sie allein verursache, so die Argumentation, ja noch keine medizinische Notlage. Aber, meine Damen und Herren, auch wenn wir auf die weiteren Indikatoren schauen, ist das kein Grund zur Beruhigung, etwa auf die Test-Positiv-Rate, also den Anteil der positiven Tests an allen durchgeführten Tests – und diese Test-Positiv-Rate steigt kontinuierlich –, oder die Hospitalisierungsrate, also die Anzahl der Coronakranken in unseren Kliniken. Auch wenn wir auf diese Indikatoren schauen, stellen wir, wenn auch leicht verzögert, fest, es gibt den gleichen Trend wie bei den Neuinfektionen. Mittlerweile sind sogar mehr Menschen in unseren

Krankenhäusern als im Frühjahr und auch die Todesfälle haben in den vergangenen beiden Wochen zugenommen.

Es kann deshalb keinen Zweifel geben: Wenn wir die Welle der Neuinfektionen nicht brechen, dann droht eine Überforderung unseres Gesundheitssystems. Nicht akut, aber in naher Zukunft und zwar auch hier wieder nicht nur in Bremen, sondern in ganz Deutschland und möglicherweise auch in ganz Europa. Das ist die Lage, wie sie sich ungeschminkt darstellt. Deshalb war es zwingend, dass wir uns am Mittwoch auf ein bundesweit einheitliches Vorgehen mit einheitlichen Regeln verständigt haben. Ich halte das für ein ganz wichtiges Signal.

Wenn wir in dieser Situation Erfolg haben wollen, wenn wir die Welle der Neuinfektionen brechen wollen, dann brauchen wir keine Coronakleinstateerei mehr, sondern dann brauchen wir – und ich verwende diesen Begriff, obwohl er mir sonst vielleicht sogar fernliegt – eine echte nationale Kraftanstrengung, die gemeinsam vom Bund und von allen Ländern und von allen Kommunen getragen wird. Das ist das Gebot der Stunde, kein Hin und Her, kein Flickenteppich, sondern eine gemeinsame nationale Kraftanstrengung!

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich sage jetzt an dieser Stelle auch noch einmal, was ich schon an anderer Stelle gesagt habe: Das verlangt einigen ganz viel ab! Die haben dafür meine allergrößte Hochachtung. In Mecklenburg-Vorpommern und in Schleswig-Holstein, wo die Inzidenz steigt und wo die Zahl der Neuinfektionen steigt, aber wo sie natürlich noch deutlich niedriger ist, in diesen Ländern diese harten Maßnahmen mitzutragen, obwohl man doch auch sagen könnte, das ist das Problem von Hessen und von Nordrhein-Westfalen und von Berlin und von Bremen, aber doch nicht unser Problem, in dieser Situation das mitzutragen, das ist Ausdruck gesamtstaatlicher Solidarität. Dafür möchte ich an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen aus den betroffenen Ländern mit noch niedriger Inzidenz noch einmal ein ganz herzliches Dankeschön sagen! So stelle ich mir den Schulterschluss vor.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, bevor ich gleich zu den Maßnahmen im Einzelnen komme, möchte ich

auch noch einmal eines betonen, das auch schon der Präsident so richtig und in viel besseren Worten, als ich sie finden könnte, gesagt hat: Es ist richtig und notwendig, dass im Anschluss an die Regierungserklärung das Parlament als demokratisch legitimierte Vertretung des Souveräns über die Beschränkungen debattiert und sie im Wege der Resolution beschließt, die die Ministerpräsidenten-Konferenz erst am Mittwoch, und gestern dann der Senat, beraten haben.

Die Debatte, wer eigentlich legitimiert ist, so weitreichende Entscheidungen zu treffen, und ob die parlamentarische Rückbindung von Grundrechtseingriffen nicht verstärkt werden müsse, hat in den vergangenen Wochen an Bedeutung gewonnen, und ich meine, zu Recht. Einerseits ist es unverzichtbar, dass die Exekutive schnell und flexibel handeln und alle Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung unverzüglich ergreifen kann. Andererseits ist es aber genauso richtig, dass wesentliche Entscheidungen in einer Demokratie im Parlament getroffen werden müssen und damit der Kontrolle der gewählten Abgeordneten unterliegen.

Deshalb werden wir die neue Coronarechtsverordnung selbstverständlich erst im Anschluss an die heutige Debatte und in Ansehung der heutigen Debatte verkünden. Das, finde ich, muss auch so sein.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich möchte aber noch einen Schritt weiter gehen, meine Damen und Herren. Innerhalb der nächsten vier Wochen wird der Senat der Bürgerschaft einen Gesetzentwurf vorlegen, demzufolge künftige Coronarechtsverordnungen, die der Senat erlässt, immer in der darauffolgenden Sitzung der Bremischen Bürgerschaft vorgelegt und von dieser bestätigt werden müssen. Wenn die Bestätigung ausbleibt, dann wird auch die Rechtsverordnung an Kraft, an Geltung verlieren.

Damit gibt es nicht nur ein Resolutionsrecht des Parlamentes, sondern ein rechtlich verbindliches Bestätigungsrecht, und damit, denke ich, lenken wir die Diskussion in verbindliche, rechtlich geordnete Bahnen, um die notwendige parlamentarische Legitimation dauerhaft sicherstellen zu können. Das ist jedenfalls das Ziel des Senats. Ob Sie diese Initiative aufgreifen, das ist das Wesen parlamentarischer Souveränität, das ist natürlich Ihnen überlassen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal kurz auf die wesentlichen Punkte eingehen, auf die sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundesregierung verständigt haben, auch wenn sie Ihnen natürlich längst bekannt sind:

Um die Zahl der Neuinfektionen wieder auf ein stabil niedriges Niveau zu bringen, ist es erforderlich – so schmerzlich dies ist –, für einen begrenzten Zeitraum die sozialen Kontakte zwischen den Menschen in unserem Land massiv zu reduzieren. Deshalb wollen wir unter anderem die bestehenden Kontaktbeschränkungen weiter verschärfen, Kultureinrichtungen, Sportstätten, Freizeitangebote und die Gastronomie schließen und Unterhaltungsveranstaltungen und private Feiern, wie auch bisher schon, weitgehend untersagen.

All diese Maßnahmen sollen beginnend ab Montag für einen Monat gelten. Mitte November, so haben wir es verabredet, wollen wir uns über die Wirkung beraten und ich habe die Hoffnung, die ganz tiefe Hoffnung, dass es uns damit tatsächlich gelingt, den exponentiellen Anstieg der Neuinfektionen zu durchbrechen und die Pandemie wieder kontrollieren zu können.

Meine Damen und Herren, die vorbereiteten Beschlüsse, die heute diskutiert werden, die Beschränkungsmaßnahmen, stellen nicht nur eine Verschärfung der bisherigen Beschlüsse und Maßnahmen dar, sie beinhalten auch einen Strategiewechsel. In den vergangenen Wochen haben wir immer versucht, gezielt dort einzugreifen, wo wir Infektionsherde vermutet haben, nämlich insbesondere bei privaten Feiern und bei Veranstaltungen. Natürlich soll das auch weiter so sein, dort einzugreifen, wo wir Infektionsherde feststellen können.

Eines muss man aber ganz deutlich sagen: Die jetzt beschlossenen Maßnahmen dienen ganz allgemein der Kontaktreduzierung. Bei ihnen ist es deshalb in letzter Konsequenz auch nicht entscheidend, ob es einen ganz konkreten empirischen Beleg dafür gibt, dass sich in einem bestimmten Bereich zum Beispiel in der Gastronomie oder beim Sport besonders viele Menschen infiziert haben. Es ist entscheidend, dass wir Anlässe reduzieren, bei denen sich Menschen treffen und bei denen sich Menschen infizieren können.

Das ist der grundlegende Unterschied und das ist der Strategiewechsel, der hinter dem teilweisen

Lockdown im Vergleich zu der bisherigen gezielten, regionalen, sektoral sozusagen minimalinvasiven Strategie steht.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Welche Gründe gibt es für diesen Strategiewechsel? Was steht dahinter? Drei Gründe: Erstens, die bisherigen Maßnahmen, die zielgerichtet an einem besonderen Infektionsrisiko angesetzt haben, haben schlicht nicht ausgereicht, um das Ziel zu erreichen, wie wir festgestellt haben. Möglicherweise ist es gelungen, das Infektionsgeschehen ein wenig zu drosseln – ich gehe auch davon aus, dass die Situation noch schwieriger wäre, wenn wir die Maßnahmen nicht ergriffen hätten –, wie aber jeder sehen kann, eine echte Trendwende, also einen Rückgang des Infektionsgeschehens, haben wir nicht erreicht.

Der zweite Grund: Das Infektionsgeschehen ist inzwischen viel zu diffus. Das Virus hat sich so im Land und in der Gesellschaft ausgebreitet, dass es nicht mehr ausreicht, besonders riskante Kontakte zu unterbinden. Wir haben vielmehr nur dann eine Chance, die Pandemie zu kontrollieren, wenn wir die Anzahl der Sozialkontakte insgesamt reduzieren.

Drittens, bei bundesweit mehr als 75 Prozent der Infektionen ist überhaupt nicht mehr nachvollziehbar, wo die Ansteckung erfolgte. Wir können deshalb nicht sagen, dass sich jemand im Kino, im Restaurant oder beim Fußballtraining infiziert hat. Wir können es aber ehrlicherweise auch nicht ausschließen, und das gilt nicht nur in Bremen, sondern nahezu flächendeckend in Deutschland.

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Situation, wie sie sich darstellt, waren wir gezwungen, eine sehr schwere Abwägungsentscheidungen zu treffen: Wie können wir einerseits die Anzahl der sozialen Kontakte in unserem Land massiv reduzieren, um die Ausbreitungsmöglichkeit des Virus massiv einzuschränken, und wie können wir andererseits den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schaden zumindest in Grenzen halten?

In dieser Situation, in der man es niemandem wirklich recht machen kann und in der man im Prinzip nur zwischen sehr schweren Alternativen wählen kann, haben wir uns erstens dafür entschieden, den Kernbereich unserer Wirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk, unter strengen Hygieneauflagen möglichst ohne Einschränkung aufrechtzuerhalten. Das ist nicht etwa das Ergebnis einer Abwägung

von Kapitalinteressen und Bevölkerungsschutz, wie manch einer behauptet. Das folgt vielmehr aus der nüchternen Erkenntnis, dass die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft, die Resilienz, in der Pandemie auch maßgeblich von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und Verwaltung abhängt.

Deutschland ist doch vor allem deshalb bislang so gut durch die Pandemie gekommen, weil wir über ein hervorragendes Gesundheitssystem, ein extrem leistungsfähiges Sozialsystem, erhebliche finanzielle Mittel zur Abfederung der Pandemieschäden und über eine sehr leistungsstarke Volkswirtschaft verfügen.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

All diese Faktoren sind die Voraussetzung dafür, dass wir in der aktuellen Situation überhaupt bestehen können, und darum ist es in der Pandemie so essenziell, unsere wirtschaftliche, gesellschaftliche Leistungsfähigkeit bei allen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie grundsätzlich zu bewahren.

Meine Damen und Herren, wir haben uns, zweitens, ganz bewusst dafür entschieden, dass Schulen und Kindergärten geöffnet bleiben. Das hat natürlich auch damit zu tun, dass wir in der ersten Phase der Pandemie erlebt haben, wie sehr Schul- und Kitaschließungen Kinder und Eltern belasten. Homeschooling und Homeoffice lassen sich nun einmal nicht nebenher machen. Gerade für Familien mit mehreren Kindern und für Alleinerziehende war die Belastung kaum zumutbar, zumal die vor allem von Frauen aufgefangen wurde. Geschlechtergerechtigkeit sieht mit Sicherheit ganz anders aus.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vor allem aber haben wir uns entschieden, Schulen und Kitas offen zu halten, weil die Folgen der fehlenden Unterrichtszeit für die Zukunftschancen der Kinder gar nicht verantwortet werden können. Wir in Bremen sind deshalb – genauso wie der Bund und die anderen 15 Landesregierungen – fest entschlossen, Schul- und Kitaschließungen soweit wie möglich zu verhindern.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Jeder, der glaubt, im Sinne des Infektionsschutzes wäre eine zumindest teilweise Schließung doch der

bessere Weg, muss wissen: Wer Schülerinnen und Schüler durch eine erneute Schulschließung in der Bildung Dinge verlieren lässt, der muss wissen: Das, was verloren wurde, ist weg, das lässt sich in der Zukunft nicht mehr nachholen, das lässt sich nicht mehr aufholen. Weniger Unterricht heißt weniger Bildung. Das gilt zumindest für die jüngeren Schülerinnen und Schüler, im Übrigen auch bei einer Klassenteilung. Wer halbe Klassen fordert, schafft nicht nur ein Betreuungsproblem, er fordert im Ergebnis auch nur halb so viel Bildung, wie möglich ist. Alles andere, meine Damen und Herren, ist Augenwischerei.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Lernen ist ein sozialer Prozess und Wissensvermittlung mag auch gelegentlich vor dem und mit dem iPad gut funktionieren, insbesondere bei älteren Schülerinnen und Schülern, aber Fernunterricht ist kein Ersatz für die unmittelbare soziale Interaktion. Bei erneuten Schulschließungen würden wir deshalb die Schwächsten verlieren, wir würden soziale Gräben vertiefen, die Bildungsschere würde weiter auseinandergehen.

Und schließlich und abschließend brauchen Kinder einfach andere Kinder. Das Zusammenkommen mit Gleichaltrigen, das Voneinander-Lernen und Miteinander-Spielen ist nicht nur nett und schön, es ist vor allem ein elementarer Bestandteil der kindlichen Entwicklung und lässt sich nicht einfach ein halbes Jahr verschieben. Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, Schulen und Kitas weiter offen zu halten, und wir waren uns in dieser Frage mit allen anderen Regierungschefs und der Bundeskanzlerin vollkommen einig. Ich halte das für eine der ganz zentralen Aussagen, vielleicht sogar die zentrale Aussage, der letzten Ministerpräsidenten-Konferenz. Ich glaube, da haben wir genau die richtige Entscheidung getroffen.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, im Umkehrschluss führt dies allerdings dazu, dass wir stattdessen die Aktivitäten in den Bereichen Freizeitgestaltung und Unterhaltung und leider auch im Bereich Kultur und Sport zeitweise massiv beschränken müssen, um die notwendige Reduzierung sozialer Kontakte zu erreichen. Die Reduzierung, ist deshalb notwendig, weil wir sonst die Ausbreitung des Virus nicht gestoppt bekommen, und nicht etwa, weil wir uns das ausgedacht hätten.

Ich weiß, wir muten damit gerade denjenigen viel zu, die unser Gemeinwesen im Inneren zusammenhalten, die aus einem erfüllten und vernünftigen gesellschaftlichen Leben gar nicht wegzudenken sind. Glauben Sie mir: Aus unzähligen Gesprächen weiß ich, dass die Verzweiflung bei vielen groß ist. Zumal gerade sie in den vergangenen Monaten so viel Einsatz gezeigt haben, um sich gegen die Pandemie zu behaupten.

Ich kann es nicht oft genug betonen: Dass wir gerade den betroffenen Bereichen so viel abverlangen, ist auf keinen Fall ein Ausdruck mangelnder Wertschätzung, und schon gar nicht – das möchte ich hier den Gastronominnen und Gastronomen, den Kulturschaffenden, den Schaustellerinnen und Schaustellern, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Veranstaltungsbranche und allen anderen Betroffenen sagen – hat das, was wir machen, irgendetwas mit Schuld und Bestrafung zu tun. Denn es gibt keine Schuld und logischerweise auch keine Bestrafung, sondern dass wir den teilweisen Lockdown beschlossen haben, hat ausschließlich damit zu tun, dass wir unsere sozialen Kontakte flächendeckend reduzieren müssen und damit auch flächendeckend die Gelegenheit für soziale Kontakte reduzieren müssen.

Wenn man aber eine so harte Entscheidung für bestimmte Bereiche trifft, dann ist eines ganz klar: Eine solche Entscheidung ist in rechtlicher wie auch in moralischer Hinsicht nur vertretbar, wenn wir diejenigen entschädigen, die im Interesse des Gemeinwohls besonders belastet werden, und genau das werden wir auch tun. Der Senat wird alles unternehmen, um die Einschränkungen schnellstmöglich zu beenden. Dass wir auf Bunde- und auf Landesebene alle Möglichkeiten nutzen werden, um die wirtschaftlichen Auswirkungen für die betroffenen Bereiche so gering wie möglich zu halten, das verspreche ich ihnen auch ganz persönlich und natürlich auch im Namen des gesamten Senats.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch auf zwei Aspekte eingehen, die mir angesichts steigender Zahlen von Menschen in den Krankenhäusern, auf den Intensivstationen und leider auch steigender Zahlen von Menschen, die an Covid-19 versterben, ganz wichtig sind: der Schutz vulnerabler Gruppen und die Kontaktnachverfolgung.

Vielfach wird derzeit empfohlen – auch von vielen Ärztevertretern und Virologen –, wir sollten nicht

Einrichtungen schließen und Veranstaltungen reglementieren, sondern stattdessen die Risikogruppen besser schützen und die Kontaktnachverfolgung ausbauen. Ich glaube, dass das im Prinzip nicht völlig falsch ist. Zu beiden Punkten haben sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten sehr wohl auch bekannt, und ich bin sehr dafür, dass wir den Schutz vulnerabler Gruppen in den nächsten Wochen wie auch schon bisher in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen.

Das Problem ist bloß: In einer Phase des exponentiellen Wachstums der Infektionen werden diese beiden Ansätze allein nicht ausreichen. Die jetzt ergriffenen Maßnahmen sollen und müssen den starken Anstieg durchbrechen, die Kurve abflachen und damit einen Zustand ermöglichen, in dem eine Kombination aus allgemeinen Hygieneregeln, Kontaktnachverfolgung und Schutz der Risikogruppen wieder den Kern unseres pandemiekontrollierenden Handelns bestimmen kann.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Für die Verbesserung des Schutzes der vulnerablen Gruppen gibt es unterschiedliche Ansätze und Aspekte, es gibt nicht den einen Königsweg. Ich möchte zwei Punkte herausgreifen, zum einen den Punkt des Einsatzes hochwertiger Masken zum Selbstschutz und zum zweiten das Thema Schnelltests.

Bisher haben wir mit Alltagsmasken gearbeitet, die im Wesentlichen dem Fremdschutz dienen sollten. Das sollte verhindern, dass sich Aerosole verbreiten. Wir haben aber keinen flächendeckenderen, allgemeineren Ansatz und Einsatz von Masken zum Selbstschutz, FFP2-Masken, in Betracht gezogen, auch wegen bestehender Knappheiten und Lieferschwierigkeiten. Das kann aber natürlich ein wesentlicher Ansatz zum Schutz vulnerabler Gruppen sein, deshalb beraten wir gerade mit der Apothekerkammer, wie sich eine gute Versorgung vulnerabler Gruppen mit hochwertigen Masken zum Selbstschutz in der Praxis durchsetzen und einführen ließe, ohne an anderer Stelle Knappheiten hervorzurufen.

Mit der Diskussion sind wir noch nicht am Ende, aber ich denke, der Ansatz ist ein ganz wichtiger, weil damit die Effektivität des Maskentragens noch einmal deutlich gesteigert werden könnte, insbesondere für die Risikogruppen.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Der zweite Punkt ist, dass wir in Pflegeeinrichtungen in Zukunft bei Besucherinnen und Besuchern, aber auch beim Pflegepersonal Schnelltests zum Einsatz bringen wollen, wie das in der neuen Testverordnung des Bundes auch vorgesehen ist. Mit den Dachverbänden der Pflegeeinrichtungen sind wir dazu im Gespräch und arbeiten an einem kurzfristig umsetzbaren Konzept. Wir versprechen uns davon sowohl mehr Sicherheit für die Bewohnerinnen und Bewohner als auch die Möglichkeit, dass sie ihre sozialen Kontakte trotz der Bedingungen eines hohen Infektionsgeschehens weiter aufrechterhalten können. Das, denke ich, ist nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine menschliche Notwendigkeit.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, die Nachverfolgung von Kontakten und das Unterbrechen von Infektionsketten durch Testung und Quarantäne, das sind die Kernelemente einer erfolgreichen Pandemiebekämpfung. Solange dieses System umfassend funktioniert, solange ist die Pandemie unter Kontrolle und solange sind zusätzliche Beschränkungen nur im geringen Umfang erforderlich.

In Bremen hat das im Sommer sehr gut funktioniert, aber derzeit stößt dieses Nachverfolgungssystem erkennbar an seine Grenzen, nicht nur in Bremen, aber auch in Bremen. Das ist kein Wunder, wenn sich Infektionszahlen in kurzer Zeit verzehnfachen. Dass das System bei uns derzeit noch einigermaßen funktioniert, haben wir dem aufopferungsvollen Einsatz unserer eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch der beherzten Unterstützung durch die Bundeswehr zu verdanken. Lassen Sie mich daher die Gelegenheit nutzen, um sowohl den bremischen Beschäftigten im Gesundheitswesen allgemein und vor allem im Gesundheitsamt, aber auch der Bundeswehr im Namen des Senats ganz herzlich danke zu sagen.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt Maßnahmen ergriffen, mit denen es uns hoffentlich gelingt, die Zahl der Neuinfektionen zu senken. Wir werden uns aber allein darauf nicht verlassen können. Wir werden kurzfristig noch einmal alle Anstrengungen bündeln, um dem Gesundheitsamt weitere Unterstützung zukommen zu lassen. Lassen Sie es mich ganz klar sagen: Das Gesundheitsamt bekommt jede personelle Ressource, die es braucht, und wie ich es an anderer Stelle auch



schon einmal gesagt habe: Geld spielt in diesem Fall tatsächlich keine Rolle.

Wir werden zudem dafür Sorge tragen, dass unsere Krankenhäuser auch bei gestiegenem Aufkommen von schwer Erkrankten so aufgestellt sind, dass jeder die bestmögliche Versorgung erhält. Deshalb war es auch wichtig, dass mit der Kanzlerin am Mittwoch vereinbart wurde, dass die Kliniken weiterhin bei der Bereitstellung von Intensivbetten unterstützt werden.

Liebe Bremerinnen und Bremer, liebe Bremerhaverinnen und Bremerhavener, in einer Regierungserklärung ist es vielleicht ungewöhnlich, aber ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich auch einmal an Sie direkt wenden. Die Bekämpfung der Pandemie geht uns alle an, sie ist eine gesellschaftliche Gemeinschaftsleistung. In den kommenden Wochen und Monaten kommt es auf Gemeinsinn und Solidarität an, auf Sie, auf mich, auf uns, auf jede und jeden Einzelnen.

Natürlich werden auch Polizei und Ordnungsdienst in den kommenden Wochen ihre Kontrollen noch einmal intensivieren und bei Verstößen gegen die Coronaregeln hohe Bußgelder verhängen. Da ist unser Leitspruch ganz klar: Wer nicht hören will, muss fühlen. Deshalb werden wir den Ordnungsdienst kurzfristig auch noch einmal personell erheblich verstärken. Lassen Sie mich aber trotzdem eines sagen: Alle staatlichen Anti-Corona-Maßnahmen können doch nur wirken, wenn wir sie als Gesellschaft leben und wenn wir uns als Individuen daran halten, wenn wir Vorbild sind.

Regeln und Verbote sind in einer Demokratie nichts wert, wenn sie von der Bevölkerung nicht akzeptiert werden. Wir leben nicht in einem Überwachungsstaat und wir wollen auch nicht in einem Überwachungsstaat leben. So sehr es richtig ist, hart und deutlich zu kontrollieren, letztendlich ist es gesellschaftliche und individuelle Selbstverantwortung, ob wir die Herausforderung der Pandemie bewältigen können.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Wir müssen jetzt gemeinsam daran arbeiten, dass unsere wirtschaftlichen Kernbereiche möglichst ohne Einschränkung durch die Pandemie kommen, dass ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen bestmöglich geschützt werden und dass Schulen und Kitas im vollen Umfang geöffnet bleiben.

Auf viele schöne Dinge des Lebens, die uns Spaß machen, die oft auch eine verdiente Ablenkung von den Mühen des Alltags sind, auf viele solcher Dinge werden wir hingegen in den kommenden vier Wochen verzichten müssen. Wir werden die Eindämmung der Pandemie nur gemeinsam bewältigen können. Ich bitte Sie daher sehr eindringlich: Machen Sie mit! Nehmen Sie Rücksicht auf andere! Tragen Sie eine Maske, wo dies erforderlich ist! Reduzieren Sie die Zahl der persönlichen Kontakte, so weit wie möglich!

Meine Damen und Herren, ich möchte mit einem Dank an all diejenigen schließen, ohne die wir die kommenden Herausforderungen nicht bewältigen könnten, ob in den Krankenhäusern, bei den Rettungsdiensten, im Gesundheitsamt, bei der Polizei und dem Ordnungsdienst, in den Schulen und Kitas, aber auch in den Verwaltungen, die sich oft viel Zeit nehmen, um den Menschen zu helfen. Ich kann hier nicht alle aufzählen, aber ich danke jeder und jedem Einzelnen, und ich danke vor allen Dingen all denjenigen, die sich konsequent und verantwortlich im Sinne des bremischen Gemeinschaftssinns an alle Regeln halten.

Meine Damen und Herren, es ist uns schon einmal gemeinsam gelungen, die Situation unter Kontrolle zu bekommen, und ich bin mir sicher, es wird uns auch ein zweites Mal gemeinsam gelingen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

**Abgeordneter Röwekamp (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch für die CDU-Bürgerschaftsfraktion möchte ich mit einem Dank beginnen, und zwar möchte ich mich bei Ihnen, den Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen in diesem Hause, ganz herzlich dafür bedanken, dass wir uns so schnell und so unkompliziert innerhalb weniger Tage darauf verständigen konnten, dass wir uns heute – also noch vor der Umsetzung der am Mittwoch zwischen der Bundesregierung und den Ländern verabredeten Maßnahmen – hier in der Bürgerschaft treffen, um über diese beschlossenen und beabsichtigten Maßnahmen miteinander zu diskutieren.

Herzlichen Dank, dass das so schnell und so unkompliziert geklappt hat und dass wir zeigen können, dass wir die notwendigen Entscheidungen

nicht nur der Regierung in diesem Lande überlassen, sondern dass wir mitreden, mitgestalten und uns auch über unsere unterschiedlichen Auffassungen austauschen wollen!

Ich möchte mich bei Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Bovenschulte, ganz herzlich für die Bereitschaft bedanken, die Debatte heute mit einer Regierungserklärung zu beginnen, und ich will damit gleich verbinden, dass wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion auch weiter den Senat in seinem Bemühen, die Auswirkungen der Verbreitung des Coronavirus nachhaltig in den Griff zu bekommen, unterstützen.

Es ist nicht die Zeit für typische politische Rollenspiele zwischen Regierung und Opposition, es ist nicht die Zeit für naturgemäßes Dagegensein; es ist einfach die Zeit für gemeinsames, entschlossenes und vernunftbegründetes Handeln. Da sind wir, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dabei.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich in eigener Sache noch zwei weitere Vorbemerkungen machen, die sowohl bei der Ansprache des Präsidenten als auch in der Regierungserklärung eben schon eine Rolle gespielt haben.

Hier und da liest man die verbreitete Auffassung, wir würden in einem Demokratiedefizit leben. Ich habe da eine völlig andere Wahrnehmung, und ich habe auch ein anderes Verständnis. Diese Regierung, unseren Senat und unseren Bürgermeister gäbe es nicht, wenn es das Parlament nicht gäbe. Und das Parlament gäbe es nicht, wenn die Bürgerinnen und Bürger Sie nicht zu Abgeordneten gewählt hätten. Zu behaupten, dass Regierungen keine politische Legitimation hätten, finde ich daher grundfalsch.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Sie haben das Vertrauen des Parlaments, und wir haben das Vertrauen der Bevölkerung.

Meine herzliche Bitte ist auch, dass wir zu solchen Debatten keine unnötigen und irreführenden Beiträge leisten. Deswegen will ich das gleich auch am Anfang sagen. Sehr geehrter Herr Kollege Schäck, ich habe mich sehr über Ihre Aussage gewundert, in der Sie begründet haben, dass wir als Parlament zusammenkommen müssen – das ist ja alles richtig

–, damit wir die notwendigen Entscheidungen, Zitat „nicht profilierungswilligen Politikern“ überlassen. In Anbetracht dessen, was ich eben gesagt habe, ist es grundfalsch, aber, ich finde, auch die Wortwahl, sehr geehrter Herr Kollege Schäck, passt nicht in unsere Zeit.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich weiß ja nicht, wen Sie mit profilierungswilligen Politikern gemeint haben, ob Sie die Bundeskanzlerin gemeint haben, ob Sie den Bürgermeister gemeint haben, ob Sie uns Abgeordnetenkollegen gemeint haben. Ich kann Ihnen nur für meine Person und für meine Fraktion und vielleicht auch für den einen oder anderen aus diesem Hause sagen: Wer glaubt, dass er sich mit strengen Coronaregeln, mit Zumutungen und Grundrechtseinschränkungen in der Öffentlichkeit profilieren kann, meine Damen und Herren, der hat den Schuss nicht gehört.

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Wahrscheinlich Frau Wischhusen!)

Eine solche Reaktion gibt es nicht.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Die zweite Vorbemerkung, die ich machen möchte: Die Zahlen sind dramatisch. Heute haben wir wieder neue Höchststände, das RKI meldet bundesweit fast 20 000 Neuinfektionen. Im Land Bremen haben wir mit 239, glaube ich, die höchste Infektionszahl, die wir seit Ausbruch der Pandemie erlebt haben.

Dass das nicht nur Zahlen sind, sondern dass dahinter auch viele menschliche Schicksale stehen und viele Betroffenenheiten, merken wir als Abgeordnete zunehmend auch selbst. Unser Parlament ist heute nicht vollzählig, weil es Kolleginnen und Kollegen gibt, die entweder in Quarantäne sind oder sich selbst in Quarantäne begeben haben oder zur Risikogruppe gehören oder sogar im Einzelfall selbst mit dem Virus infiziert sind. Deswegen lassen Sie mich an dieser Stelle auch den Kolleginnen und Kollegen, die heute nicht dabei sein können, ganz herzliche Grüße übermitteln: Wir wünschen Ihnen gute Genesung und hoffen, dass Sie unverseht und mit alter Kraft wieder in unsere Reihen zurückkehren können. Gute Besserung an die, die heute nicht dabei sind!

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Nun aber zur Sache, meine Damen und Herren! Habe ich etwas falsch gemacht, Frau Grotheer?

(Abgeordnete Grotheer [SPD]: Nein, ich meinte, es ist unglaublich, dass die FDP nicht einmal da applaudiert hat!)

Ach so, gut.

In der aktuellen Debatte wird ja oft auch die These vertreten, dass das, was der Bund mit den Ländern verabredet hat, alternativlos ist. Ich selbst glaube nicht an alternativlose Politik. Alles, was wir miteinander verabreden, auch was der Senat vorbehaltlich der Beratungen heute im Parlament auf die Reise geben wird, beinhaltet natürlich immer die Option, dass man es auch anders, dass man es vielleicht auch besser machen kann, aber es beinhaltet auch immer die Gefahr, dass man es schlechter machen kann als das, was zurzeit vorgeschlagen ist.

Als wir hier im März über die ersten Maßnahmen zur Einschränkung des öffentlichen Lebens und der privaten Freiheiten debattiert haben, haben wir sehr weitreichende Maßnahmen beschlossen. Wir haben die Schulen geschlossen, wir haben die Kindertagesbetreuung eingestellt und wir haben den Einzelhandel geschlossen. Wir haben dadurch zahlreichen Menschen die Möglichkeit genommen, zur Arbeit zu gehen. Viele Industriebetriebe mussten nicht nur in Kurzarbeit gehen, sondern die Produktion sogar ganz einstellen.

Das hat gewirkt, aber mit dem Wissen von heute würde ich sagen: Die eine oder andere Maßnahme war vielleicht übertrieben. Das meine ich jetzt nicht als Vorwurf an uns, die wir diese Maßnahmen getroffen haben. Wir haben natürlich auch als CDU-Fraktion diese Maßnahmen mitgetragen, aber ich bin mir sicher, dass wir durch das, was wir gemacht haben und durch das, was danach entstanden ist, auch gelernt haben. Und dieses Lernen, dieses Bessermachenkönnen, müssen wir bei dem, was wir jetzt heute miteinander beraten, auch umsetzen und aus den Fehlern, die wir gegebenenfalls gemacht haben, lernen.

Deswegen sage ich: Ich finde es richtig und vernünftig, dass wir mit den Maßnahmen, die wir heute beraten, nicht das eins zu eins wiederholen, was wir im März gemacht haben, weil die Schließung beispielsweise von Schulen und Kindertages-

betreuungseinrichtungen so schwere und nachhaltige Einschnitte vorgenommen hat, die bis heute teilweise, was den Schulbetrieb betrifft, noch nicht behoben worden sind. Ich sage: Das darf sich eigentlich nicht wiederholen.

Unser größter Auftrag – der Bürgermeister hat es auch gesagt – muss sein, sicherzustellen, dass wir auch in den nächsten Wochen und Monaten unsere Schulen und Kindertagesbetreuungseinrichtungen offen halten können, dass wir sozialen Umgang in Pflege- und Altenheimen gewährleisten können, dass wir die Menschen, die auf Unterstützung und Solidarität angewiesen sind, nicht allein lassen müssen. Meine Damen und Herren, wir müssen dafür sorgen, dass mit unseren Maßnahmen die Auswirkungen für die Menschen möglichst gering bleiben. Deswegen finde ich es richtig, dass wir sehr viel differenzierter mit den Maßnahmen umgehen, als wir das noch im Frühjahr getan haben.

Die weitreichendste und gravierendste Maßnahme – auch wenn sie in der öffentlichen Debatte nicht so viel Beachtung findet wie die teilweisen und befristeten Schließungen von Gastronomiebetrieben und die Einschränkungen für Kultureinrichtungen – ist und bleibt die Kontaktbeschränkung. Das ist aus meiner Sicht der wesentlichste Eingriff in die Grundrechte der Menschen, dass wir den Menschen sagen: Ihr dürft euch zu Hause und außerhalb eures Hauses und eurer Wohnung nur noch mit maximal zehn Menschen aus zwei Haushalten treffen. Das ist, wenn man sich die Geschichte unserer Verfassung, unseres Grundgesetzes anschaut, eigentlich der schwerwiegendste Eingriff, den man vornehmen kann, Menschen in ihrer Persönlichkeit dahingehend zu beschränken, dass wir ihnen vorschreiben, mit wem man sich treffen und wem man begegnen kann.

Ich finde, alle anderen Maßnahmen, die wir beschreiben, müssen sich natürlich auch an diesem Ziel messen lassen. Was meine ich damit? Ich meine damit, dass ich mir nicht vorstellen kann, dass wir Menschen untersagen, sich zu Hause mit mehr Freunden als aus zwei Haushalten oder auch nur mit Familien, mit Patchwork-Familien, zu treffen, und gleichzeitig einen Weihnachtsmarkt feiern, liebe FDP. Ich kann das nicht begründen. Ich kann nicht sagen: Ich schränke den Einzelnen so weit ein, dass er außer neun anderen Menschen niemand anderen treffen kann und sage gleichzeitig, auch mit Hygienekonzept, ich feiere eine Party auf dem Marktplatz. Das passt einfach nicht zusammen, wenn man nicht nur populistisch einzelnen Interessengruppen hinterherlaufen möchte.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir wissen, dass die Begrenzung von Kontakten das einzig taugliche Mittel ist, um die exponentielle Ausbreitung dieses Virus zu bekämpfen. Es wird eben nur durch persönliche Kontakte übertragen, und wenn man – wie die FDP mit ihrem Entschließungsantrag – sagt: Wir müssen nichts Neues beschließen, es muss einfach nur weitergehen wie bisher, verkennt man, dass die bisherigen Maßnahmen dazu geführt haben, dass wir ein noch nie dagewesenes Wachstum an Infektionszahlen haben.

Was noch viel schlimmer ist: Wir kommen bei unseren Intensivbetten mittlerweile teilweise in Deutschland an die Kapazitätsgrenze, sodass wir vielleicht nicht mehr auf Dauer sicherstellen können, ausreichend Beatmungsbetten zur Verfügung zu haben. Die schlimmste Nachricht von heute Morgen ist doch, dass wir mittlerweile eine nationale Strategie für die Versorgung von intensivmedizinisch notwendiger Betreuung organisieren müssen, weil einzelne Städte und einzelne Landkreise nicht mehr in der Lage sind, ihre Bevölkerung vor Ort mit den richtigen und notwendigen und zwanghaft unverzichtbaren Maßnahmen zu versorgen.

Wir sind am Rande eines nationalen Gesundheitsnotstandes, meine Damen und Herren, wenn wir jetzt nicht gegensteuern. Wie sich das auswirken kann, sehen wir, wenn wir immer wieder diese Landkarte sehen, auf der wir als Deutschland noch gelb sind und alle unsere Nachbarländer um uns herum mittlerweile rot. Ja, wir sind bisher relativ gut und sicher mit unserem guten Gesundheitssystem durch diese Krise gekommen, aber das ist keine Garantie dafür, dass es auch so bleibt.

Die steigenden Infektionszahlen sind ein Indiz dafür, dass es, wenn wir nichts Anderes tun, immer so weitergehen wird. Die Zahlen werden steigen, die Betten werden knapper, das Pflegepersonal wird vielleicht nicht reichen, und dann kommt aus meiner Sicht der größte anzunehmende Notfall, nämlich dass Menschen in Krankenhäusern, ausgebildete Medizinerinnen und Mediziner, darüber entscheiden müssen, welches Leben gerettet und welches Leben aufgegeben werden wird.

Es gilt mit aller Macht zu verhindern, dass solche Entscheidungen auch in Deutschland getroffen werden müssen. Unser Kampf gilt jedem Men-

schenleben, meine Damen und Herren, und deswegen sind die Maßnahmen so notwendig und unverzichtbar, die wir heute miteinander beraten.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wenn ich vorhin gesagt habe, wir haben nicht alles richtig gemacht, dann beinhaltet das natürlich auch, dass wir das eine oder andere nicht mit dem notwendigen Nachdruck verfolgt haben. Das steht auch in dem Antrag der FDP – in unserem Antrag ja auch –, dass wir die Maßnahmen, die wir beschließen, auch vollziehen müssen. Das führt sonst zu einem Unverständnis bei den Menschen. Wer sich selbst an Regeln hält, erwartet, dass diejenigen, die sich nicht an Regeln halten, entsprechend sanktioniert werden.

Das hat in der Vergangenheit auch in Bremen nicht richtig gut funktioniert. Wenn Sie ganz ehrlich zu sich sind und sagen, als ich durch die Innenstadt gegangen bin, beispielsweise durch die Bischofsnadel oder über den Bahnhofsvorplatz, dann ist uns doch allen aufgefallen, dass die Menschen dort nicht immer die Maske tragen, wo sie sie tragen müssen. Wer in den letzten Tagen mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs gewesen ist, wird die Erfahrung gemacht haben, dass die Menschen dort auch nicht immer den Abstand einhalten, auch teilweise nicht einhalten können.

Auch darüber muss man vielleicht noch einmal nachdenken, ob unsere öffentlichen Verkehrsbetriebe nicht einen Coronafahrplan auflegen müssen, in dem wir wenigstens auf den Hauptstrecken häufigere Taktverbindungen haben, um die überfüllten Züge unserer Straßenbahnen und die überfüllten Busse entsprechend zu entlasten. Ich glaube, es geht, auch unter den bestehenden Regelungen, einiges noch besser, meine Damen und Herren.

Ja, ich finde, das Gesundheitsamt, sehr geehrte Frau Senatorin Bernhard – bei allem Dank für die, die da gearbeitet haben –, hat insgesamt keine gute Performance abgeliefert, das muss man ehrlicherweise sagen. Das hängt natürlich mit dem Zustand des Gesundheitsamts zusammen, das hängt sicherlich auch mit der Personalausstattung zusammen. Das liegt nicht an betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dort waren; die haben, glaube ich, alles gegeben. Dass aber Coronabescheide mit Quarantäne-Anordnungen für die Vergangenheit verschickt werden, so nach dem Motto: Sie hätten sich vom 12. bis zum 26. Oktober 2020 in

Quarantäne begeben müssen, das teilen wir Ihnen heute am 29. Oktober 2020 mit – das ist etwas, das in einem gut funktionierenden System der öffentlichen Verwaltung nicht vorkommen darf. Nicht nur weil es absurd ist, sondern weil es auch gefährlich ist.

Das Wichtigste ist doch, dass wir den Menschen sagen: Sie gehören zu einer gefährdeten Gruppe, bleiben Sie bitte zu Hause. Es nützt nichts, ihnen zu sagen: Sie hätten vor zwei Wochen zu Hause bleiben müssen. Deswegen: Ja, Herr Bürgermeister, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie sagen, wir müssen in unserem Gesundheitsamt, in unserer Gesundheitsbehörde besser werden; ja, das müssen wir, wir müssen viel besser werden, um auch dort zu zeigen, dass wir als Staat den Menschen nicht nur Beschränkungen zumuten, sondern dass wir auch alles Erdenkliche selbst tun, um die Ausbreitung dieses Virus im Griff zu behalten.

(Beifall CDU)

Die Frage nach Alternativen, finde ich, gehört auch in die politische Diskussion. Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag aus Anlass der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin auch eine Debatte geführt. Wir haben auch hier im Parlament heute nicht die erste Debatte zum Thema Corona, und die Kolleginnen und Kollegen von der AfD haben sich auch in den bisherigen Debatten zu Wort gemeldet. Der Kollege Jürgewitz ist heute nicht da, aber ich glaube, er würde nicht widersprechen, wenn ich sage, er gehört zu den Coronaleugnern. Die Auffassung der AfD aus dem Deutschen Bundestag habe ich für mich so wahrgenommen – vielleicht hören wir sie heute ja dann auch noch einmal hier –, dass gesagt wird: Wir brauchen eigentlich gar keine Maßnahmen gegen Corona. Das ist ein Virus, der breitet sich aus, wer daran krank wird, wird krank, wer daran stirbt, stirbt. Das ist eben die natürliche Auslese.

Ich finde diese Wortwahl sehr schwierig, aber am Ende, finde ich, müssen auch wir uns hier im Parlament damit auseinandersetzen, dass es eine Alternative zu dem ist, was wir heute miteinander beraten und beschließen. Ich will mit aller Deutlichkeit sagen: Wir haben in unserer Geschichte Erfahrungen damit gemacht, dass zwischen schützenswertem Leben und nicht schützenswertem Leben unterschieden wird. Sowohl unsere Landesverfassung als auch unser Grundgesetz verpflichten uns als Parlamentarier, aber auch als Menschen, solche Unterscheidungen nicht wieder und nie wieder zu treffen.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Es gibt kein Leben, das wir aufgeben dürfen. Deswegen retten wir Menschen, die sich selbst das Leben nehmen wollen, deswegen retten wir Flüchtlinge aus Gefahr, deswegen schicken wir unsere Bundeswehr in Auslandseinsätze, um Menschenleben zu retten und deswegen sind wir alle verpflichtet, auch im Straßenverkehr und bei Unfallgeschehen Hilfe zu leisten, meine Damen und Herren. Unsere Gesellschaft lebt davon, dass wir uns einander versprechen, das Leben des Anderen zu retten.

Wer das wie die AfD negiert und sagt, es gibt nicht schützenswertes Leben, der hat sich von diesem Grundgesetz, von unserer Verfassung, aber auch von der Menschlichkeit endgültig verabschiedet. Eine solche Beschlusslage darf es, meine Damen und Herren, nicht geben.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Die zweite auch von Virologen und Ärztenverbänden immer wieder diskutierte Maßnahme – der Bürgermeister hat darauf hingewiesen – ist zu sagen: Lassen Sie uns doch nicht alle Menschen mit Einschränkungen belegen, sondern uns nur um diejenigen kümmern, die besonders gefährdet sind, die sogenannten vulnerablen Gruppen. Ich glaube, dass das virologisch vielleicht sogar die richtige Antwort sein kann. Ich bin kein Mediziner, aber im Prinzip finde ich, medizinisch kann man es begründen zu sagen: Lassen Sie uns doch nur die schützen, die besonders gefährdet sind.

Darüber, muss ich sagen, habe ich lange nachgedacht, ob das vielleicht die richtige Maßnahme ist und komme zu dem Ergebnis: Nein, das kann sie nicht sein. Unsere Gesellschaft lebt davon, dass wir Menschen nicht trennen, dass wir sie nicht isolieren, dass wir sie nicht ausgrenzen, dass wir nicht einzelnen Bevölkerungen oder Bevölkerungskreisen sagen: Sie müssen sich von unserem gemeinsamen Leben eine Zeitlang oder auch auf längere Zeit verabschieden.

Unsere Gesellschaft lebt nicht davon, dass wir Menschen ausgrenzen aus der Schule, aus der Kita, aus den sozialen Kontakten. Unsere Gesellschaft lebt davon, dass wir auch schwierige Situationen gemeinsam und solidarisch tragen. Deswegen kann ich für die CDU-Bürgerschaftsfraktion versichern, ist es für uns nicht vertretbar zu sagen: Wir verzichten auf grundlegende Eingriffe in die

Rechte aller, um noch viel stärkere Einschränkungen bei einzelnen betroffenen Bevölkerungsgruppen vorzunehmen. Wir wollen die Aufgaben, die das Virus uns stellt, als Gesellschaft gemeinsam, wir wollen sie solidarisch, wir wollen sie miteinander tragen, meine Damen und Herren. Deswegen kommt eine solche Alternative, in der wir uns nur um die Betroffenen kümmern, für uns nicht in Betracht. Wir brauchen die Solidarität aller Menschen, damit wir in dieser Gesellschaft auch dieses Virus gemeinsam und solidarisch bekämpfen können.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich nehme auch wahr, dass anders als noch im März die Bereitschaft zu zusätzlichen Einschränkungen auf größere Widerstände stößt. Die Akzeptanz der Maßnahmen wird geringer. Das Verhalten der Menschen hat sich geändert. Deswegen ist es auch gut, dass wir als Parlament heute die Gelegenheit wahrnehmen, noch einmal ausführlich zu begründen, warum es nicht so weitergehen kann, wie es bisher gewesen ist. Und ja, wenn wir die Maßnahmen jetzt selektiv und zeitlich befristet intensivieren, dann trifft das auch Menschen, die eigentlich alles richtig gemacht haben, die die Maske getragen haben, die Abstand gehalten haben, die die sozialen Kontakte eingeschränkt haben, die in Quarantäne gewesen sind, die Hygienekonzepte in ihrer Gastronomie entwickelt haben, die in Theatern und Kultureinrichtungen Abstandsregeln eingehalten haben. Es trifft auch Menschen, die eigentlich alles richtig gemacht haben und an deren Verhalten es nicht liegt, dass die Maßnahmen nicht die gewünschte Wirkung erzeugt haben.

Doch auch das ist eben Solidarität. Die gibt es nicht nur für diejenigen, die Unterstützung brauchen, sondern Solidarität muss leider auch von denen geleistet werden, die Unterstützung leisten können. Wenn wir wissen, dass das Virus sich im Wesentlichen durch persönliche Kontakte überträgt, dann kann die Zahl von fast 20 000 Neuinfektionen heute Morgen oder 239 im Lande Bremen nur dadurch entstanden sein, dass sich nicht alle Menschen an die vorgegebenen geltenden Regeln halten. Wenn alle das tun würden, gäbe es keinen exponentiellen Anstieg von Infektionszahlen. Deswegen ist es ungerecht gegenüber Einzelnen, gegenüber dem Gastronom, der mit viel Aufwand eine neue Lüftungsanlage installiert und Hygienekonzepte entwickelt hat, es ist ungerecht gegenüber dem Soloselbstständigen, der bei einem Konzert

der Deutschen Kammerphilharmonie alles eingehalten hat, was einzuhalten ist, und den wir jetzt de facto mit einem vorläufigen und befristeten Berufsverbot belegen.

Das ist gegenüber Einzelnen ungerecht, und mit dieser Ungerechtigkeit müssen wir leben. Diese Ungerechtigkeit müssen wir auch versuchen, so weit es geht auszugleichen. Deswegen bin ich sehr froh, dass der Bund zugesagt hat, für die betroffenen Unternehmen, Selbstständigen und Freiberufler eine finanzielle Entschädigung zu leisten, die auch in der Höhe ziemlich unumstritten ist. Ich kenne niemanden, der sagt, das wäre die falsche Bemessungsgrundlage, 75 Prozent des Novemberumsatzes des Vorjahres zu nehmen, auch wenn es da noch auf viele Einzelheiten ankommt. Was machen wir mit denen, die im November letzten Jahres noch gar nicht selbstständig waren, sondern erst im Mai selbstständig geworden sind? Ich finde, da ist noch viel im Nebel und es muss noch viel im Detail geklärt werden.

Was aber ist die Alternative dazu? Die Alternative dazu ist, dass wir in Kauf nehmen, dass die Infektionszahlen weiter rasant steigen. Die Alternative ist, dass wir in Kauf nehmen, dass wir mehr schwere Erkrankungen haben. Die Alternative ist, dass wir in Kauf nehmen, dass mehr Menschen beatmet werden müssen. Ja, die Alternative ist, dass wir in Kauf nehmen, dass am Ende mehr Menschen am Virus sterben als es mit diesen Maßnahmen vielleicht erforderlich ist. Das heißt, wir stehen vor der Abwägung, Menschenleben zu retten auf der einen Seite und auf der anderen Seite Menschen mit finanziellen Einbußen zu belasten, die wir kompensieren wollen, also der Entscheidung zwischen Leben und Geld.

Meine Damen und Herren, auch da kann ich für die CDU-Bürgerschaftsfraktion ganz klar sagen: Für uns ist das Leben unbezahlbar. Wenn es dann zu Einschränkungen in der Freiheit und in der unternehmerischen Betätigung führt, die ausgeglichen werden können, dann ist das auf jeden Fall der Weg, den wir auch gemeinsam begehen müssen. Ein Menschenleben kann ich nicht wieder herstellen; einen verloren gegangenen Umsatz, einen ausgefallenen Weihnachtsmarkt, die nicht stattgefundene Urlaubsreise können nachgeholt werden, aber das Leben eines Menschen kann nicht nachgeholt werden.

Deswegen sage ich: Wir müssen in diesen Zeiten die Solidarität auch derjenigen einfordern, die alles

richtig gemacht haben. Wir müssen an sie appellieren und sagen: Ja, es ist toll, wir bedanken uns dafür, dass Sie es gemacht haben, und wir bedauern, dass wir Sie, die eigentlich alles richtig gemacht haben, mit weiteren Einschränkungen belegen müssen, aber wir müssen es trotzdem tun, weil wir eine Verantwortung gegenüber allen Menschen haben. Deswegen ist es richtig, dass wir befristet für einen Zeitraum auch die Gelegenheiten zur persönlichen Begegnung nicht nur im privaten Umfeld, sondern auch in öffentlichen Räumen und in Gaststätten und bei Konzert- und Kulturveranstaltungen beschränken und beschneiden müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die vom Senat uns jetzt vorgeschlagenen Maßnahmen, die das erste Mal bundesweit einheitlich gelten sollen, sind aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion ausgewogen. Sie sind auch notwendig. Wir als CDU-Fraktion sagen: Wir können das auch in unserer Rolle als Oppositionspartei uneingeschränkt unterstützen. Ich finde, da muss auch jede Partei ihre eigene Glaubwürdigkeit finden.

Ich finde es anstrengend zu sagen, in den Ländern, in denen ich mitregiere – wie die FDP –, mache ich die Maßnahmen mit, und in den Ländern, in denen ich Opposition bin, bin ich dagegen. Ich finde, das ist nicht gerade das Zeichen von Entschlossenheit und stringentem Handeln, das die Menschen von der Politik erwarten. Sie erwarten von uns eben nicht, dass wir in Rollen verfallen, wie wir das sonst in tagespolitischen Debatten machen, sondern sie erwarten, dass wir nachvollziehbar die richtigen Entscheidungen treffen. Sie erwarten von uns im Übrigen auch, dass wir ihnen eine Perspektive geben, die über die jetzigen Maßnahmen hinausgeht.

Was machen wir eigentlich am 1. Dezember 2020? Die erste Evaluation wird ja schon in der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz Mitte November stattfinden. Aber zu glauben, und das hat mich an der öffentlichen Debatte auch ein bisschen gestört, dass, wenn wir diese Maßnahmen jetzt umgesetzt haben, dann alles wieder gut ist, ist eben auch falsch. Wir werden Weihnachten nicht so feiern können, wie wir es die letzten Jahre gemacht haben. Wir werden Silvester und das neue Jahr nicht so feiern können, wie wir es die letzten Jahre gemacht haben. Dieses Virus wird uns noch lange beschäftigen. Es wird uns auch dann noch beschäftigen, wenn wir einen Impfstoff haben, welchen auch immer und was auch immer der in Zukunft verhindern mag. Wir müssen uns darauf einstellen,

dass ein Teil der Maßnahmen, die unser Leben einschränken, weit über das Jahr 2020 hinaus gelten wird.

Ich finde deswegen in unserem gemeinsamen Antrag auch richtig und vernünftig, dass wir erwarten, dass wir gemeinsam – Parlament und Regierung – auf allen Ebenen in Deutschland daran arbeiten, den Menschen auch eine langfristige Perspektive zu geben. Was zermürbt, ist immer das akute und kurzfristige Handeln. Das ist notwendig, und wir unterstützen das; aber was wir brauchen, ist, auch den Menschen eine Geschichte zu erzählen, die hoffentlich stimmt, dass wir noch lange mit diesem Virus zu tun haben werden und dass wir darauf vorbereitet sind, damit umzugehen, mit einer nationalen Impfstrategie, mit einer nationalen Strategie, wie wir im Umgang auch wieder soziale Kontakte ermöglichen, mit einer nationalen Strategie, wie wir unser Gesundheitswesen perspektivisch aufstellen, wie wir uns für zukünftige, stark ansteigende Infektionszahlen wappnen. Wir brauchen eine Politik, die über die akute Notwendigkeit täglichen Handelns hinausgeht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Lassen Sie mich deswegen am Schluss noch etwas zu einer Maßnahme sagen, von der ich glaube, dass noch ein großes Potenzial in ihr steckt. Es ist ja fast unvorstellbar, dass wir in einer Zeit, in der wir alle über Digitalisierung reden, die Kontaktnachverfolgung noch händisch mit Papier machen. Das ist übrigens, glaube ich, auch mit ein Grund, weshalb die Behörden mit der Nachverfolgung von Kontakten überfordert sind, obwohl wir hoffentlich alle auf unseren mobilen Endgeräten eine Funktion haben, die das erleichtern würde. Die Akzeptanz der Corona-Warn-App ist, glaube ich, deutlich gesunken, und sie bleibt auf jeden Fall unter ihren Möglichkeiten.

Ich kann für die CDU-Fraktion sagen und bin auch froh, dass in dem Antrag etwas dazu steht, dass wir das evaluieren müssen, dass wir noch einmal appellieren müssen, dass alle Menschen diese Corona-Warn-App nicht nur herunterladen, sondern auch nutzen, das heißt auch kontrollieren, was sie an Begegnungen haben und notfalls auch reagieren, wenn es erforderlich ist. Ich glaube aber, dass auch das nicht reichen wird.

Ich kann nur für die CDU-Fraktion erklären: Wir glauben, dass wir die Corona-Warn-App weiterentwickeln müssen, sie muss verpflichtend werden für alle, die ein entsprechendes Endgerät haben. Wir verpflichten die Menschen, ihren Führerschein bei

sich zu führen und ihren Personalausweis immer bei sich zu haben und die Brille zu tragen, wenn im Führerschein ein Stempel ist, dass sie eine Brille brauchen, also wir verpflichten sie zum Mitführen von vielen staatlichen Papieren und Unterlagen, und ich finde, wir können sie auch bußgeldbewährt dazu verpflichten, sich die Corona-Warn-App herunterzuladen, meine Damen und Herren. Es muss zur Pflicht werden, diese App zu nutzen.

(Beifall CDU)

Wir müssen auch sicherstellen, dass wir über die Warn-App in Zukunft die Kontaktnachverfolgung digital ermöglichen können. Es ist doch ziemlich unvorstellbar, dass wir händisch das nachvollziehen müssen, was wir eigentlich elektronisch bereits erfasst haben. Deswegen sage ich, auch da ist mein Appell: Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass die Corona-Warn-App nicht nur den Betroffenen einen Schutz bietet, sondern dass sie uns als Staat auch die Möglichkeit der zügigen Rückverfolgung von entsprechenden Kontakten gibt, damit wir schnell die notwendigen Maßnahmen ergreifen können.

Wir reden heute darüber, dass wir einiges anders machen müssen als bisher. Der Bürgermeister hat aber Recht, wenn er sagt, es kommt nicht nur auf unser Handeln an. Es kommt nicht nur darauf an, dass wir gemeinsam Regeln verabschieden, dass wir eine neue Verordnung erfinden, dass wir appellieren an die Menschen, sondern es kommt in den nächsten Wochen auf jeden Einzelnen an.

Deswegen ist auch mein Appell an Sie alle hier im Parlament, aber auch an unsere Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven: Bleiben Sie achtsam, bleiben Sie solidarisch, achten Sie aufeinander, halten Sie die Regeln ein! Verfallen Sie nicht denjenigen, die Ihnen zu vermitteln versuchen, dass das alles erfunden ist. Glauben Sie nicht denen, die Sie in die Irre führen wollen, sondern seien Sie achtsam, achten Sie aufeinander, helfen Sie einander und bleiben Sie solidarisch. Ich bin sicher, dass unsere starke demokratische und solidarische Gesellschaft auch dieses Virus bekämpfen kann. Dazu müssen wir uns alle anstrengen, dazu müssen wir alle gemeinsam kämpfen, aber ich glaube, dass das geht. – Vielen herzlichen Dank!

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herr Güngör.

**Abgeordneter Güngör (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Situation ist ernst, die bisherigen Maßnahmen, die zum Schutz der Bevölkerung getroffen worden sind, reichen nicht mehr aus, um das Corona-Infektionsgeschehen zu kontrollieren. Bei gut 75 Prozent der aktuellen Infektionen können die Gesundheitsbehörden nicht mehr nachvollziehen, auf welchem Wege die Ansteckung erfolgte. Dabei war die Kontaktnachverfolgung ja in den letzten Monaten ein wichtiges Instrument im Kampf gegen das Virus. Deswegen ist es jetzt auch wichtig und richtig, dass Bund und Länder schnell reagiert haben.

Aus diesem Grund möchte ich an dieser Stelle unserem Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte, der Bundeskanzlerin und den anderen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten ganz herzlich dafür danken, dass sie sich auf eine einheitliche Linie zur Eindämmung des Pandemiegeschehens geeinigt haben.

(Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Unser besonderer Dank gilt aber auch dem gesamten Senat für das besonnene und überlegte Handeln in den letzten Monaten, Wochen und Tagen.

(Beifall SPD)

Ich bin davon überzeugt, dass es zu diesem Zeitpunkt sehr wichtig ist, dass wir einheitliche Regeln in der gesamten Bundesrepublik haben. So richtig es auch war, sich in den letzten Monaten auf regional begrenzte Maßnahmen zu konzentrieren, so wichtig ist es nun, dass wir dieses ausufernde Infektionsgeschehen überall mit denselben Mitteln bekämpfen.

Wir müssen die sozialen Kontakte reduzieren. Dass sich ab Montag maximal zehn Personen aus zwei Haushalten treffen dürfen, ist eine merklich tiefgehende Einschränkung für das Leben, für die Familie, aber in dieser Pandemie sitzen wir alle in einem gemeinsamen Boot. Wir als Bevölkerung tragen die Verantwortung dafür, wie wir durch diese Krise kommen. Die Politik trifft diese Entscheidungen ja nicht als Selbstzweck. Der Politik, den gewählten Repräsentanten des Volkes, geht es doch einzig und allein darum, sicherzustellen, dass unser Gesundheitssystem die Menschen bei Krankheit auch angemessen versorgen kann.



Der Schutz der Gesundheit ist für uns das höchste Gut, und deswegen ist es umso wichtiger, das exponentielle Wachstum der Infiziertenzahlen jetzt, ohne weitere Zeit zu verlieren, zu stoppen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das sind harte Einschnitte in das soziale und private Leben, die von uns allen viel abverlangen werden. Umso wichtiger ist es, dass wir Unterstützung bieten und die Menschen mit ihren Problemen nicht allein lassen. Wir haben aus den Erfahrungen im Frühjahr dieses Jahres gelernt und wollen es nun auch für die Betroffenen besser machen.

Besonders stark betroffen ist unsere Gastronomie, aber auch die Hotellerie, Dienstleistungsbetriebe, Kosmetikstudios, die ab Montag schließen müssen. Unsere Gastronomie von der Schlachte über kleine Bars in unseren Stadtteilen oder Die Alte Bürger in Bremerhaven steht erneut vor extremen existenziellen Herausforderungen.

(Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Es wird nicht ausreichen, dass wir Restaurants durch den Außer-Haus-Verkauf unterstützen. Deshalb finde ich es richtig, dass der SPD-Finanzminister und Vizekanzler Scholz gemeinsam mit der Bundesregierung Wirtschaftshilfen im Umfang von zehn Milliarden Euro auf den Weg gebracht hat. Betriebe mit bis zu 50 Beschäftigten erhalten demnach bis zu 75 Prozent des Umsatzes des Vorjahresmonats. Wir lassen – und das ist eine wichtige Botschaft – diejenigen, die von den neuen Maßnahmen wirtschaftlich hart getroffen werden, nicht allein stehen. Wir stützen und unterstützen sie.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Damit bieten wir im Übrigen kleinen und mittelgroßen Betrieben, Gaststätten und Restaurants eine konkrete Hilfe, um fixe Kosten zu decken, und ermöglichen ihnen ja auch, die Löhne und Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu zahlen. Das schaffen wir auch durch die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, das wir nämlich bis zum Jahr 2021 verlängert haben. Die Möglichkeit, über Kurzarbeit Arbeitsplätze zu halten, ist keine Selbstverständlichkeit und war zum Beispiel in unterschiedlichen Kreisen auch sehr umstritten. Daher sind wir froh, dass es hier zu einer gemeinsamen Verlängerung gekommen ist. Das ist der richtige Schritt, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich aber an der Stelle auch noch einmal einen anderen Bereich erwähnen: In der Krise leiden vor allem auch die vielen Minijobberinnen und Minijobber. Sie profitieren nun einmal nicht von den Regelungen des Kurzarbeitergeldes. Das zeigt, wie wichtig es ist, dass mehr Menschen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung kommen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir erwarten vom Bund, dass die Finanzhilfen unbürokratisch beantragt werden können und dann auch zügig ausgezahlt werden. Die Hilfsmaßnahmen für Unternehmen werden auch über dieses Jahr hinaus verlängert, und auch die Überbrückungshilfe III wird kommen, und die Konditionen für die hauptbetroffenen Wirtschaftsbereiche werden verbessert. Diese Zusage haben wir vom Bund.

Die Situation ist aber auch für die Kultur- und Freizeitbranche enorm wichtig und enorm schwierig. Sowohl die großen Häuser hier in Bremen – Theater, Glocke, Museen –, aber auch kleinere Einrichtungen, Kinos müssen erneut und allen engagierten Bemühungen zum Trotz schließen, deswegen ist es, glaube ich, auch eine positive Nachricht, dass diese Hilfen des Bundes auch diesen Branchen helfen werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Veranstalterinnen und Veranstalter und die Künstlerinnen und Künstler haben das nicht zu verantworten. Ihnen gebührt Respekt und Aufmerksamkeit, aber eben auch möglichst rasche, unbürokratische Hilfe. Neben der Veranstaltungswirtschaft wollen wir auch weiterhin unsere Sportvereine, besonders auch den Amateursport, unterstützen. Das alles prägt das Leben in Bremen und Bremerhaven, das alles macht doch das Leben in Bremen und Bremerhaven so lebenswert. In dieser Krise – das ist unsere Botschaft – wollen wir als SPD-Bürgerschaftsfraktion auch niemanden allein lassen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Neben dem Schließen von Wirtschaftlichkeitslücken muss es in den kommenden Wochen auch darum gehen, langfristig über kreative Lösungen nachzudenken, besonders für die Kulturbranche. Neben den Kulturschaffenden ist, glaube ich, auch die Politik aufgefordert, ausgetretene Pfade zu verlassen und offen für neue Ideen zu sein.

Meine Damen und Herren, ein Bereich, auf den wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonderen Wert legen, sind die sozialen Folgen der Krise. Insbesondere in den Seniorenheimen müssen wir sicherstellen, dass es zu keiner erneuten sozialen Isolation kommt. Daher wollen wir keine Besuchsverbote und plädieren dringend für den Einsatz der Schnelltests, damit wir regelmäßig testen können, die Bewohnerinnen und Bewohner oder die Patientinnen und Patienten, die Besucherinnen und Besucher und selbstverständlich auch das Personal. Hier erwarten wir vom Senat auch eine entsprechende Unterstützung der Einrichtungen und Träger.

Die Schulen und Kitas bleiben geöffnet. Die Auswirkungen und Folgen der Schließung hat Bürgermeister Dr. Bovenschulte umfangreich dargestellt, das möchte ich gar nicht wiederholen, aber dass sich alle Landesregierungen vorgenommen haben, Schul- und Kitaschließungen mit aller Kraft zu verhindern, das finden wir absolut richtig.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Einen Aspekt möchte ich noch erwähnen: Digitale Lernangebote sind ja ein hilfreicher Baustein und können dazu beitragen, Lernrückstände zu verringern. Wir sehen jedoch auch die Notwendigkeit einer digitalen Nachhilfe. Damit alle Kinder daran teilhaben können, setzen wir uns dafür ein, damit die Eltern gerade nicht allein gelassen werden. Digitale Nachhilfe auch für diejenigen Kinder und Jugendlichen, die im Umgang mit digitalen Endgeräten noch Unterstützung brauchen, diese Angebote werden wir in den Stadtteilen benötigen, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das sogenannte normale Arbeitsleben geht weiter. Wir haben in der Bevölkerung ja auch jenseits der alten Menschen noch viele weitere Vulnerable, die ihrer Arbeit nachgehen müssen. Daher ist es richtig, dass wir uns jetzt auf Kontaktbeschränkungen als Lösung konzentrieren. Dabei müssen wir, um nur einen Aspekt aufzugreifen – Kollege Röwekamp hat es angesprochen –, auch dafür sorgen, dass der öffentliche Nahverkehr auch in Pandemiezeiten weiterhin ein sicheres Verkehrsmittel ist und bleibt. An jeder Haltestelle werden die Türen geöffnet, um einen Luftaustausch zu ermöglichen, und in unseren Bussen und Bahnen und an den Haltestellen gilt eine Maskenpflicht.

Ich bin mir aber sicher, dass der Berufsverkehr und auch die Schülerströme jetzt im Winter zu größeren Problemen in Bussen und Straßenbahnen werden. Deshalb begrüße ich es ausdrücklich, dass wir die ersten Maßnahmen der BSAG hören konnten, nämlich die Taktzeiten einiger Linien zu erhöhen. Das ist ein richtiger Schritt und sorgt für noch mehr Sicherheit.

(Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir beobachten leider dennoch, dass sich einzelne – und ich sage bewusst: einzelne – nicht an die beschlossenen Maßnahmen halten, beispielsweise die Mund-Nase-Bedeckung nicht tragen oder unterhalb der Nase tragen. Deswegen befürworten wir auch die verstärkten Kontrollen durch die Ordnungsbehörden und die konsequente Ahndung von Verstößen. Gleichzeitig ist es aber, glaube ich, auch wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger über die bestehenden Regeln unter anderem durch das Aufstellen von Hinweisschildern umfassend informiert werden, denn ich glaube, Transparenz schafft auch Akzeptanz.

Informieren und Kontrollieren wird aber in dieser Pandemie nicht reichen, denn es kommt in der Tat jetzt auf uns alle an. Ich glaube, Solidarität heißt in dieser Zeit nun einmal auch, Maske zu tragen. Solidarität heißt in dieser Zeit nun einmal auch, Abstand zu halten, und das müssen wir alle gemeinsam in der Bevölkerung tun, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Nun haben wir in den letzten Tagen ja auch viel über die Rolle der Parlamente bei den Entscheidungen der Exekutive diskutiert. Ich finde es richtig, dass wir hier heute tagen, um ein gemeinsames Zeichen zu setzen, und vor allem auch, um zu zeigen, dass die getroffenen Maßnahmen von einer breiten Mehrheit der demokratischen Parteien getragen werden. Das Parlament ist das Herz der Demokratie, und ja, wir haben nicht nur in den Deputationen und Ausschüssen in den vergangenen Monaten mitgestaltet oder auch mitbestimmt, die Parlamente tragen natürlich auch die Verantwortung für die getroffenen Maßnahmen. Als Kontrollorgan der Exekutive wären wir in der Lage, durch eine parlamentarische Mehrheit, Maßnahmen zu hinterfragen und gegebenenfalls anzupassen.

In den vergangenen Wochen und Monaten habe ich an verschiedenen Stellen immer wieder betont,

dass das Parlament bei Bedarf jederzeit zu einer Sondersitzung zusammenkommen kann. Allerdings hat die Dringlichkeit der Maßnahmen es bisher notwendig gemacht, schnelle Exekutiventscheidungen zu treffen. Es ist jedoch aus unserer Sicht notwendig, dass künftige Maßnahmen in den Parlamenten nicht nur debattiert, sondern auch mit entschieden werden.

Deswegen begrüße ich ausdrücklich, Herr Bürgermeister, dass Sie heute verkündet haben, dass der Senat der Bürgerschaft in Zukunft die neuen Coronarechtsverordnungen zur Debatte und Bestätigung vorlegen wird. Das ist, glaube ich, ein wichtiger Meilenstein.

(Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

An dieser Stelle komme ich nicht darum herum, mich auch noch einmal an die FDP zu wenden. Sie spielen aus meiner Sicht ein brandgefährliches Spiel, nämlich zur eigenen Profilierung. Wo haben Sie denn in den letzten Monaten seit Beginn der Pandemie Ihre großen Einwände und Ideen vorgebracht, liebe Frau Wischhusen, als uns unser Bürgermeister über Fraktionsgrenzen hinweg gemeinsam mit dem Parlamentspräsidenten immer frühzeitig über die Beschlüsse informiert hat? Wie können Sie jetzt die Maßnahmen aus demokratischer Sicht anzweifeln, da von Ihrer Partei während dieser Krise noch kein konstruktiver und konkreter Vorschlag gekommen ist? Immer nur das zu sagen, was nicht gemacht werden soll, ist der falsche Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Jetzt haben Sie gestern Abend einen Antrag eingereicht, der schon in der Überschrift von milden Alternativen spricht, in der Einleitung aber über die Verdoppelung der Infektionszahlen. Widersprüche zwischen Titel und Einleitung, daran will ich mich jetzt gar nicht abarbeiten, Ihr Antrag verkennt einfach die Infektionslage, dass 75 Prozent der Infektionswege unklar sind. Daher ist jetzt das klare Ziel, dass wir bundesweit und flächendeckend die Kontakte reduzieren müssen, und dazu kommen wir nur, indem wir die Anlässe dafür reduzieren. Nur so können wir versuchen, die Geschwindigkeit der Ausbreitung zu verringern. Das Ganze funktioniert nur, wenn sich alle daran halten, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Was mich aber noch mehr ärgert, ist Ihre Pressemitteilung. Sie schreiben davon, dass Sie nicht wüssten, auf welcher Datenlage die Maßnahmen beschlossen wurden. Sie unterstellen den handelnden Akteuren Alarmismus und Aktionismus. Ist Ihnen klar, ist Ihnen wirklich klar, wem Sie mit dieser Wortwahl und den falschen Unterstellungen eigentlich in die Hände spielen? Diese Stimmungsmache ist brandgefährlich und mobilisiert am Ende jene Leugner und Hetzer, denen das Wohl unseres Landes und der Menschen, die darin leben, gerade nicht am Herzen liegt.

Aus den europäischen Nachbarländern, aber auch hier bei uns erschütterten mich die Bilder von randalierenden Coronaverharmlosern. Ja, so schwer es uns allen fällt, diese Pandemie ist mit Grundrechtseingriffen verbunden, die uns allen wehtun. Doch die Leugner und Hetzer verkennen, dass sie mit ihrem falsch verstandenen Freiheitsbegriff die Freiheit derjenigen einschränken, die gesundheitlich bedroht sind.

Ich habe volles Verständnis für Sorgen und Ängste, die mit dieser Pandemie verbunden sind. Sie betreffen mich genauso wie alle hier in diesem Raum, und sicher sorgen sich auch alle Bürgerinnen und Bürger, möglicherweise heute auch vor den Bildschirmen zu Hause. Kein Verständnis habe ich aber für diejenigen, die gemeinsam mit den Rechten auf die Straße gehen, um für ihren vermeintlichen Begriff von Freiheit zu demonstrieren und dabei den Gedanken der Solidarität mit Füßen treten.

(Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordneter Prof. Dr. Hilz [FDP]: Wir auch nicht!)

Meine Damen und Herren, die jetzt getroffenen Maßnahmen sind sehr einschneidend und verlangen von uns Durchhaltevermögen in der Hoffnung, im Dezember wieder ein Stück Normalität zurückzubekommen. Mit Blick auf die europäischen Nachbarländer wird deutlich, dass wir jetzt reagieren müssen, um eine Überforderung unseres Gesundheitssystems zu verhindern. Wir als SPD-Fraktion haben sehr viel Verständnis dafür, dass die Maßnahmen für jeden und jede Einzelne eine massive Einschränkung bedeuten. Dennoch übernehmen wir alle in dieser schweren Zeit eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung.

Mit der vorliegenden Resolution setzen wir als Parlament, finde ich, ein deutliches Zeichen. Vielen Dank im Namen der Koalition auch an die CDU, dass wir uns darauf so schnell verständigen konnten. Ich bin überzeugt, wenn wir jetzt gerade auch für diejenigen in unserer Gesellschaft eintreten, die besonders gefährdet sind und unseren besonderen Schutz brauchen, und so die Welle durchbrechen, dann werden wir am Ende hoffentlich alle gut durch diese schwere Krise kommen. Es ist die Stunde der gemeinsamen Verantwortung. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Dogan:** Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Frau Dr. Müller das Wort.

**Abgeordnete Dr. Müller (Bündnis 90/Die Grünen):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anders als im Frühjahr haben wir es inzwischen damit zu tun, dass wir nicht mehr nur mit einer abstrakten Gefahr konfrontiert sind. Im Frühjahr waren es Infektionszahlen, auch jetzt sind es sehr hohe Infektionszahlen, aber für viele von uns hat sich die Situation doch vor allem auch in der Weise geändert, dass wir im näheren oder weiteren Umfeld inzwischen mit vielen Menschen zu tun haben, die erkrankt sind.

Wir wissen um die unterschiedlichen und um die schweren Verläufe, die diese Corona-Infektion mit sich bringt. Deswegen möchte ich ebenso wie der Kollege Röwekamp zunächst die Situation nutzen, all unseren Kolleginnen und Kollegen und allen Betroffenen im Land Bremen die besten Wünsche aus unserem Hause für eine gute Genesung oder für ein vorab noch negatives Ergebnis mitzuteilen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, FDP)

Uns allen muss klar sein – aber wir haben in den letzten Wochen festgestellt, es ist nicht allen klar, deswegen müssen wir es noch einmal verdeutlichen –, wie bedrohlich die Lage ist. Nicht für jeden Menschen in Bremen und Bremerhaven, aber nun einmal für all diejenigen, die dem Virus nichts entgegenzusetzen haben.

Leider sind wir nun alle gemeinsam – und das möchte ich betonen – in eine Situation geraten, in der nur noch die jetzt von der Ministerpräsidentenkonferenz und der Kanzlerin beschlossenen drastischen Maßnahmen vielleicht und hoffentlich eine

Kehrtwende des Infektionsgeschehens wahrscheinlich machen. Nur eine drastische Reduzierung sozialer Kontakte – und Herr Bürgermeister Bovenschulte hat ja vom notwendigen Strategiewechsel gesprochen – kann im kommenden Monat noch dazu beitragen, den Anstieg der Infektionszahlen zu bremsen.

Unser aller Ziel ist dabei natürlich – das hört sich sehr bürokratisch an – die Verhinderung einer Überforderung des Gesundheitssystems. Am Ende – und darauf hat auch der Kollege Herr Röwekamp schon hingewiesen – heißt das aber nichts anderes, als dass wir die Verpflichtung haben, dafür zu sorgen, dass Medizinerinnen und Mediziner nicht über Leben und Tod entscheiden müssen. Das ist uns allen hier im Haus bewusst.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE)

Bei allen aktuellen Kontroversen um die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen, die man jeden Abend in irgendeiner Talkshow zwischen Mediziner\*innen und Wissenschaftler\*innen nachvollziehen kann, müssen wir im Blick haben, dass wir unsere Einrichtungen der medizinischen Versorgung und vor allem die Versorgung von hilfsbedürftigen Menschen im Blick haben und dass wir dort die größtmögliche Unterstützung leisten.

Die Beschäftigten in all diesen Einrichtungen versorgen unter einem hohen Ansteckungsrisiko die betroffenen infizierten und vulnerablen Personen. Wenn hier die Fallzahlen noch weiter steigen – und aktuelle Studien sagen ja, wie dramatisch die Situation auch für Bremen inzwischen ist –, dann wird unser Versorgungssystem in kürzester Zeit überlastet sein. Das müssen wir unter allen Umständen vermeiden, und dazu sind wir auch willens, bei all den schwierigen Entscheidungen, die das mit sich bringt.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Unser Beitrag kann also, anders als in den letzten Monaten, jetzt ausschließlich und allein noch die Kontaktvermeidung und somit die Verhinderung einer weiteren Ausbreitung sein. Ärzte, Ärztinnen, Pflegekräfte, Reinigungspersonal, das Personal in den Laboren arbeiten schon jetzt dauerhaft und viel zu lange an ihren persönlichen Kapazitätsgrenzen und dafür gebührt ihnen unser größter Respekt.

In unserer Verantwortung als Parlamentarier und Parlamentarierinnen liegt es, bedrohliche Situationen, wie wir sie leider inzwischen wieder bei unseren europäischen Nachbarn sehen können, unbedingt zu vermeiden. Lernen wir doch aus dem Zögern oder aus den Strategien anderer und – und das ist auch ein Appell, bevor ich überhaupt zum Antrag der FDP komme – tragen wir doch in einer breiten parlamentarischen Mehrheit die jetzt notwendigen Maßnahmen mit.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE)

Als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen tun wir das nach sehr langer Diskussion einzelner potenzieller Coronamaßnahmen vor der MP-Konferenz letzten Mittwoch. Wir hätten an der einen oder anderen Stelle bestimmt auch andere Maßnahmen für möglich gehalten, wir tragen sie aber mit, auch wenn uns klar ist – und darauf ist heute ja schon diverse Male eingegangen worden –, wie viel wir den Menschen abverlangen.

(Vizepräsidentin Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Wir können aber angesichts der öffentlichen Debatten nicht oft genug betonen, dass wir uns darüber im Klaren sind, wie viel wir den Menschen und uns übrigens ja auch selbst dabei abverlangen, vor allem aber denjenigen, die sich in den letzten Monaten an die Regeln gehalten haben, die Hygienekonzepte für ihre eigenen Betriebe entwickelt haben, die auch finanziell massiv investiert haben, um für uns alle sichere öffentliche Orte zu schaffen. Das ist bitter. Das ist bitter für all diejenigen, die sich Mühe gegeben haben und deren Existenzen daran hängen. Die neuen Maßnahmen und die Wirksamkeit sind nicht allen verständlich. Warum sollen sie den Preis für alle zahlen? Es ist angesichts der mangelnden Datengrundlage schwierig, mit diesen Entscheidungen und den Auswirkungen auf einzelne Bereiche umzugehen. Dafür habe ich größtes Verständnis, und ich teile in vielen Fällen die Sorge der Betroffenen.

Ich will es deutlich sagen, auch mir persönlich, auch meiner Fraktion als politische Entscheidungsträgerin fällt es schwer, solche einschneidenden Entscheidungen ohne gesicherte Datengrundlage zu treffen. Das ist schwer, aber wir haben nun einmal keine Daten. Wir können jetzt nur mit dem arbeiten, was wir haben, in der Hoffnung, dass es sich dann nach diesem vierwöchigen Lockdown positiv auswirkt.

Umso wichtiger ist es aber, weil die Entscheidungen so schwer und so schwerwiegend in ihrer Tragweite sind, diejenigen in der Kultur- und Veranstaltungsbranche sowie in der Gastronomie und Hotellerie, die jetzt den Preis für uns alle zahlen, nicht allein zu lassen. Es braucht jetzt unverzüglich passgenaue, unbürokratische und wirksame Hilfen, anders als viele Angebote, die wir im Frühjahr gemacht haben, wirklich wirksame Hilfen für diese Bereiche. Sie müssen also so ausgestaltet sein, dass sie auch bei den Betroffenen ankommen. Der Vorschlag der Übernahme von 75 Prozent des Vorjahresmonats, also des berühmten Novembers, wird nicht für alle die benötigte Hilfe bringen.

Wir brauchen stattdessen – und darüber wollen wir gern auch gemeinsam nachdenken – für einzelne Bereiche Ausfallentschädigungen für geplante Dienstleistungen, für geplante Produktionen, die im November stattfinden sollten und jetzt ausfallen. Wir brauchen Hilfen, die sich aus einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von Selbstständigen, insbesondere in der Kulturbranche, ergeben. Hier müssen wir dringend nachsteuern, wenn nicht auf Bundesebene, müssen wir auf Landesebene darüber nachdenken. Ansonsten droht hier – und das ist uns mehr als klar – auch für viele Kulturschaffende in Bremen existenzielle Not.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir müssen gerade für diese Bereiche auch jenseits der Nothilfen und jenseits der Schließungen im November Perspektiven schaffen. Es wird nicht so sein, davon gehe ich ganz stark aus, dass wir im Dezember zu einem Normalbetrieb zurückkehren können, wie auch immer wir uns den im Einzelnen vorstellen. Wir sollten also die nächsten vier Wochen unbedingt dafür nutzen, aufzuzeigen, unter welchen Bedingungen, bei welcher Infektionszahl kulturelle, gastronomische Angebote – auch dann vielleicht immer noch unter erhöhten Infektionszahlen – zum Beispiel im Freien gemacht werden können.

Liebe Kolleginnen und Kolleginnen, an der Pandemiebekämpfung bisher und auch zukünftig beteiligten sich unter Aufbringung höchsten Einsatzes sehr viele Menschen aus Bremen und Bremerhaven, aus dem öffentlichen Dienst und aus bürgernahen Versorgungsstrukturen, also vom Gesundheitsamt bis hin zur Verbraucherzentrale. Viele sind längst an ihrer persönlichen und manche Einrichtung an der strukturellen Belastungsgrenze angekommen. Diese Pandemie, anders als es vielleicht manche im Frühjahr gehofft haben, ist kein

Sprint, sondern ein extrem anstrengender, mühseliger Marathon.

Damit die Pandemie bewältigt werden kann, müssen wir uns jetzt intensiv auf die kommenden Wintermonate vorbereiten. Der schwerste Monat wird nicht der November. Der November hat Auswirkungen auf einzelne Bereiche, aber die schwereren Monate sind aus meiner Sicht Dezember, Januar und Februar. Wir müssen uns jetzt klar machen, am 1. Dezember 2020 wird das Leben nicht wieder normal, nur weil der Lockdown womöglich aufgehoben wird, sondern wir müssen uns und den Bürgerinnen und Bürgern da draußen jetzt schon klar machen, mit welchen Einschränkungen wir ab dem 1. Dezember 2020 weitermachen, um über die noch schwereren kommenden Wintermonate zu kommen.

Wir erwarten daher, dass die Phase des Herunterfahrens jetzt konkret genutzt wird, um diesen Weg durch den Winter aufzuzeigen, ohne dass wir ständig wechselnd in einen Lockdown geraten. Es braucht daher eine sehr klare, aber auch flexible Strategie mit verbindlichen, wirksamen Schritten für die Phase des wieder Hochfahrens und, ich möchte betonen, noch wichtiger wäre ein Ausschluss des Lockerungswettbewerbs, wie wir ihn im Sommer unter den Ministerpräsidenten erlebt haben. Das darf nach diesem Lockdown nicht wieder passieren.

Das heißt, wir müssen uns jetzt schon klar machen und auch kommunizieren, welche einschränkenden Maßnahmen wahrscheinlich über den November hinaus bis weit in das Frühjahr gelten müssen, auch und insbesondere wenn die Infektionsraten wieder sinken.

Ein paar wenige Dinge möchte ich nennen, über die wir jedenfalls ausführlicher diskutiert haben: Wir müssen natürlich, das ist uns, glaube ich, allen hier im Haus klar, die Umsetzungshürden beheben, und davon haben wir doch einige. Als Allererstes müssen wir gemeinsam dafür sorgen, dass wir das Gesundheitsamt befähigen, die notwendig schnelle Rückverfolgung und unverzügliche Information von potenziell Infizierten zu gewährleisten, denn das rettet am Ende Leben.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, CDU)

Ja, jede Einzelne und jeder Einzelne ist verantwortlich und trägt Verantwortung, durch die Pandemie zu kommen. Wir haben bisher – und das werden

wir auch weiterhin tun – auf das Prinzip der Freiwilligkeit und der eigenen Einsicht gesetzt. Der Großteil der Menschen, und dafür bedanke ich mich ausdrücklich, macht auch freiwillig sehr viel mit.

Trotzdem müssen wir aber ab sofort und zukünftig besser sicherstellen, dass diejenigen, die sich nicht an die Regeln halten, Konsequenzen und Sanktionen erfahren. Wir müssen auf dem Bahnhofsplatz, am Bahngleis, im ÖPNV oder auch im Einzelhandel, in dem man sehr eng am Regal steht, auf die strikte Einhaltung der Coronaregeln drängen und wir müssen sie viel stärker kontrollieren. Die Einhaltung einer bestimmten reduzierten Anzahl von Kunden im Einzelhandel könnte ich mir zum Beispiel auch weit über den November hinaus vorstellen. Ich wüsste nicht, warum man das nach dem vierwöchigen Lockdown wieder zurückfahren sollte.

Dritter Punkt: Wer in seinem Umfeld jetzt mit Menschen zu tun hatte, die Symptome hatten und die sich testen lassen wollten, wird festgestellt haben, dass es sehr unterschiedliche Herangehensweisen von Hausärztinnen und Hausärzten gibt, dass man das Gesundheitsamt tagelang nicht erreicht, dass man nicht weiß, wo man sich eigentlich wann testen lassen kann. Hier müssen wir schnellstmöglich zu einer allgemein verständlichen Teststrategie und auch dazu kommen, dass man im besten Fall auch bei jedem Hausarzt und nicht nur, wenn er es freiwillig anbietet, einen Test machen lassen kann.

Natürlich müssen wir auch für den Schulbetrieb frühzeitig klären, und zwar mit allen Betroffenen wie Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern und den Eltern, wie eigentlich Schulmaßnahmen unter welchen Bedingungen aussehen können oder könnten, jenseits unseres festen Willens, die Schulen und Kitas offen zu halten. Hier ist ein kontinuierlicher Austausch dringend notwendig und findet auch statt.

Ein letzter Punkt, den ich, bisher jedenfalls, für sehr unterbeleuchtet halte: Wir sind ein kleiner Stadtstaat mit zwei Stadtgemeinden und trotzdem habe ich das Gefühl, dass all die Regeln, die wir erlassen, bei den Menschen nicht ordentlich, nicht verständlich, nicht richtig ankommen, jedenfalls nicht in gleicher Intensität in den Stadtteilen, in bestimmten Bevölkerungsgruppen. Wir sollten uns deswegen vielleicht alle gemeinsam noch einmal mehr Gedanken darüber machen, wie wir eigentlich Verbündete, Multiplikatoren, vielleicht auch Auto-

ritäten in den Stadtteilen, in den einzelnen Ortsteilen in Bremen finden können, die mit uns gemeinsam in ihren jeweiligen Nachbarschaften für die Einhaltung der Regeln werben können.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, nicht zuletzt sind wir jetzt aber wieder in einer Situation, in der es notwendig wird, den Blick verstärkt auf die Gruppen zu richten, die wiederum unter den Folgewirkungen der jetzt beschlossenen Maßnahmen leiden werden.

Auch wenn wir keinen vollständigen Lockdown vor uns haben, setzen die beschlossenen Maßnahmen die Menschen unter massiven Druck und unter Stress. Das führt in nicht wenigen Fällen zu Gewalt in Beziehungen, in Familien. Um Familiensysteme in diesen belastenden Pandemiezeiten zu entlasten, sind unterstützende Angebote jetzt dringender notwendig als in Zeiten ohne Lockdown. Angebote außerhalb der Schule für Kinder, Jugendliche oder Familien müssen aufrechterhalten werden, müssen zugänglich sein, müssen digital verstärkt werden. Das gilt genauso für die Infrastruktur für Frauen, die von Beziehungsgewalt betroffen sind.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Wir spüren es nicht erst heute in der Debatte, sondern jeden Tag in unseren Familien, im Bekanntenkreis, in den Medien, diese Pandemie ist inzwischen, anders als im Frühjahr, längst zu einer gesellschaftlichen Zerreißprobe geworden. Auch wenn die Zustimmung zu den beschlossenen Anstrengungen und Einschränkungen derzeit noch hoch ist, sehen wir, wie ich oft finde, zu Recht auch zunehmend Unmut, Unverständnis, Müdigkeit und auch vor allem Angst um die eigene Gesundheit und Angst um die eigene berufliche Existenz.

Daher ist es richtig, dass wir die Pandemiebewältigung und ihre Folgen hier im Hause heute intensiv debattieren und auch zukünftig darüber entscheiden. Das Abwägen von drastischen Maßnahmen zwischen Gesundheitsschutz einerseits und Einschränkungen der persönlichen Freiheit andererseits braucht einen intensiven öffentlichen Diskurs und braucht natürlich auch eine feste parlamentarische Verankerung. Nicht um uns zu vergewissern, dass wir eine wichtige Rolle im parlamentarischen System haben, das auch, aber manchmal muss man sich das selbst auch noch einmal verdeutlichen und zu Bewusstsein führen, dass es vor allem doch darum geht, Vertrauen und Zustimmung der Bevölkerung zu erhalten oder vielmehr auch wieder zurückzugewinnen. Das Vertrauen

und die Unterstützung der Menschen in Bremen und Bremerhaven bei der Pandemiebekämpfung sind nun einmal unerlässlich.

Wir sollten in unserer Ansprache die Menschen da draußen daher auch als Teil der Lösung ansprechen. Ich will noch einmal deutlich sagen, die gegenseitigen Schuldzuschreibungen in den letzten Wochen, wer in welchem Keller eine Party gefeiert oder im ÖPNV keine Maske getragen hat, das sind Phänomene, die wir im Auge haben und die wir unterbinden müssen, denn sie befruchten eine öffentliche Debatte, in der es darum gehen muss, Solidarität herzustellen, natürlich überhaupt nicht.

Deswegen ist mein Werben: Lassen Sie uns die Menschen motivieren und dabei unterstützen, dass sie sich an die Regeln halten, dass sie dadurch aktive Solidarität mit ihren Nachbarn, mit ihren Freund\*innen, mit ihren Arbeitskolleg\*innen zeigen, und ihnen bewusst machen, dass das Handeln jeder und jedes Einzelnen unverzichtbar für die Bewältigung dieser Pandemie ist, denn sie wird lange dauern. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat der Abgeordnete Herr Janßen das Wort.

**Abgeordneter Janßen (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist heute ein besonderer Tag, vermutlich das erste Mal, jedenfalls seit ich mich erinnern kann, dass die Bürgerschaft an einem Feiertag und an einem Wochenendtag tagt. Ich glaube aber, dass es genau richtig ist, jetzt noch einmal kurzfristig – auch nach dem vergangenen Mittwoch und den Beschlüssen der Bundesregierung und der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten – hier mit nur einem Thema zusammenzukommen, und zwar die aktuelle Coronalage und die Beschlüsse der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gemeinsam mit der Bundesregierung.

Bereits Anfang der Woche kündigte sich ja mit der Vorverlegung der Ministerpräsident\*innenkonferenz an, dass einige weitgehende Maßnahmen ins Haus stehen und es eine Zäsur in der Krisenbewältigung gibt. Der Bürgermeister sprach von einem Strategiewechsel. Nachdem wir in der Vergangenheit zwar gemeinsame Maßstäbe für das Handeln angelegt haben, allerdings mit unterschiedlichen Ausprägungen oder Anwendungen der Maßstäbe,

sind wir jetzt zu deutschlandweiten Vereinbarungen gekommen, die das öffentliche Leben und auch den Privatbereich länderübergreifend stark reglementieren und vereinheitlicht beschränken.

Um eines gleich voranzustellen: Ich bin froh, dass es gelungen ist, in gemeinsamer Verantwortung ganz verschiedener Landesregierungen und der Bundesregierung hier diese Verantwortung zu schultern und einheitliche Regelungen zu treffen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Dem Beschluss der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und der Bundesregierung liegen einige sehr grundlegende Annahmen und Erkenntnisse zugrunde.

Erstens, das Infektionsgeschehen läuft seit Ende September Gefahr, außer Kontrolle zu geraten. Die Indexwerte von 35 oder 50 Infektionen auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner werden in den allermeisten Kreisen und Städten überschritten. Wir befinden uns inmitten der zweiten Welle. Ohne eine Reduzierung des exponentiellen Wachstums und der Infektionsgeschwindigkeit laufen wir erneut Gefahr, die Gesundheitssysteme zu überfordern. Noch können im Land Bremen alle derzeit – die Zahl ist von gestern – 129 aufgenommenen stationär behandelten Patientinnen und Patienten auf höchstem medizinischen Niveau versorgt werden, aber eine derartig ungebremste Infektionswelle mit noch ein, zwei oder drei Verdoppelungsschritten bringt uns an die Grenze der Belastbarkeit und dann steht das Leben von Menschen noch mehr als schon heute auf dem Spiel. Genau das gilt es zu verhindern.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens, das Infektionsgeschehen ist derart umfangreich, dass die Kontaktnachverfolgung und die systematische Aufarbeitung des Infektionsgeschehens nicht mehr vollständig gelingen. Die Kapazitäten sind ausgeschöpft und müssen dringend weiter ausgebaut werden, nicht nur um das Tagesgeschäft und die individuelle Kontaktnachverfolgung zu schaffen, sondern auch um das Infektionsgeschehen analytisch so zu erörtern, dass man wieder in der Lage ist, Cluster oder Infektionsgeschehen besser einzugrenzen.

Auch wenn es in einem Viertel der Fälle noch irgendwie gelingt, Infektionswege zu beschreiben, gehört ja zur Wahrheit dazu, dass es nun einmal in

den meisten Fällen, in etwa drei Vierteln der Fälle, nicht mehr gelingt, mit dem Finger darauf zeigen zu können, hier hat die Infektion stattgefunden, dies ist der Übertragungsweg. Genau deshalb gelingt es ja nicht mehr, evidenzbasiert konkret zu sagen, genau diesen Weg können wir durch diese Maßnahme einschränken, sondern wir müssen feststellen, dass das Infektionsgeschehen so breit geworden und so schwer zu bestimmen ist, dass der einzige Weg, der jetzt bleibt, die Reduktion der Gesamtzahl der Kontakte ist. Das ist kein schöner Weg, aber das ist ein Weg, der derzeit notwendig ist.

Drittens, die Gesellschaft hat sich in vielen Bereichen bereits umgestellt. Beim Verlassen der Wohnung überprüfen wir wie selbstverständlich nicht mehr nur, ob das Handy und der Schlüssel dabei sind, sondern es ist uns immer klar, mindestens eine oder mehrere Masken sind dabei. Wir füllen wie selbstverständlich Kontaktformulare aus, hinterlassen unsere Daten. Wir halten Abstand und wir haben uns auf Einschränkungen bei Veranstaltungen und in der Freizeitgestaltung eingestellt.

Auch im Gastro- und Kulturbereich hat sich einiges verändert, Hygienekonzepte wurde erarbeitet, neue Ausstellungsformen erprobt, ganze Inszenierungen umgestellt, neue Abläufe eingerichtet, bauliche Veränderungen vorgenommen und viel Geld investiert. Wir wissen, wie viel Herzblut, Arbeit und Investitionen in diese Anpassungsprozesse gesteckt wurden, und es schmerzt uns alle und wir verstehen den Ärger und den Frust angesichts der jetzigen Beschränkungen und dass es sich anfühlt, als ob es vergeblich gewesen wäre.

Ich glaube aber, wir müssen auch feststellen, dass wir ohne all diese individuellen Anstrengungen in den Betrieben, in den Einrichtungen gerade komplett andere Zahlen hätten, wie wir sie in vielen anderen Ländern auch sehen. Daher gilt es, an dieser Stelle zu sagen, danke für all das, was individuell, aber auch organisatorisch eingeleitet wurde. Diese eingeleiteten Schritte sind keine einseitige Schuldzuweisung an die entsprechenden Branchen, sondern die Erkenntnis, dass es das Ziel sein muss, nun die Kontakte in der Gesamtzahl herunterzufahren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Es stimmt ja auch, dass wir verhältnismäßig gut durch den Sommer gekommen sind. Da gab es in Bremen zum Teil nur 30 bestätigte aktive Coronafälle, die potenziell ansteckend waren. Aktuell ha-



ben wir fast 2 000 aktive Fälle. Das ist eine Dimension, bei der dann auch die bekannten und eingeübten Schutzmaßnahmen das Infektionsrisiko nicht mehr ausreichend im Griff behalten können. Anders gesagt: Wenn ich jeden Tag zwei Infizierte treffe, ist das Risiko, mich trotz Schutzmaske anzustecken, natürlich deutlich höher, als wenn ich im Monat statistisch gesehen eine Person treffe, die potenziell infiziert ist.

Dazu gibt es auch aus dem europäischen und internationalen Raum umfangreiche Erfahrungen. Israel hat beispielsweise einen zweiten Lockdown hinter sich, der zwar weniger einschneidend war als der erste, aber trotzdem schnell und nachhaltig gewirkt hat als im Frühjahr. Das konnte mittlerweile auch erfolgreich wieder aufgehoben werden.

Die Zahl der laborbestätigten Fälle in Bremen ist –. Häufig wird die Frage gestellt, ob es überhaupt mehr Infektionen gibt oder ob wir einfach nur mehr testen. Das ist eine Frage, die sehr leicht zu beantworten ist, wenn wir uns anschauen, wie eigentlich die Anzahl der Positivtests aussieht. Die Quote der Tests, die im Juli positiv waren, lag noch bei 0,6 Prozent. Derzeit liegen wir – und da ist auch ein exponentielles Wachstum zu sehen – bei 5,5 Prozent aller Testungen, die am Schluss ein positives Ergebnis haben.

Das heißt, mitnichten kann die Rede davon sein, dass nur die Aufmerksamkeit erhöht sei und daher der Eindruck entstehe, wir hätten es mit einem verstärkten Infektionsgeschehen zu tun. Nein, das Gegenteil ist der Fall. Trotz erhöhter Aufmerksamkeit sind die Tests positiv ansteigend, was uns zeigt, wie bedrohlich die Lage tatsächlich ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

In einem gemeinsamen Papier am Mittwoch fordern die Präsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft und die Präsidenten der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Leibniz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und der Leopoldina klare Entscheidungen, die schnell umgesetzt werden. Ich zitiere einmal: Aktuell könne die Ausbreitung des Virus in vielen Regionen von den Gesundheitsämtern aus Kapazitätsgründen nicht mehr adäquat nachverfolgt werden. Um diese Nachverfolgung wieder zu ermöglichen, müssten Kontakte, die potenziell zu einer Infektion führen, systematisch reduziert werden.

Ich zitiere das nur deshalb noch einmal so ausgiebig und habe auch alle Unterstützerinnen und Unterstützer genannt, weil teilweise in der Öffentlichkeit, auch beispielsweise durch den Präsidenten der Bundesärztekammer, der Eindruck vermittelt wird, den ich vollständig falsch finde – und ich bin dankbar für die Stellungnahmen vieler Bremer Medizinerinnen und Mediziner –, dass es hier eine gewisse, ich sage einmal, offene Diskussion darüber gebe, was jetzt eigentlich nötig ist.

Ich glaube, diese Liste zeigt, dass in dem allergrößten Teil der Wissenschaft ein Konsens darüber besteht, dass es notwendige Maßnahmen gibt. Daher sind diese Maßnahmen, die hier auf politischer Ebene getroffen sind, deckungsgleich mit den Forderungen aus Forschung und Wissenschaft und daher sind sie aus meiner Sicht auch notwendige Maßnahmen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und die Bundesregierung standen also vor der Herausforderung, nun in einer Güterabwägung einzuschätzen, in welchen Bereichen die Einschnitte geschehen müssen, von denen wir ausgehen, dass sie passieren müssen. Auf der einen Seite steht das Grundrecht auf Gesundheit, auf körperliche Unversehrtheit und am Ende auf das Leben selbst. Auf der anderen Seite stehen unsere Freiheitsrechte, das Recht zur Berufsausübung, das Recht zur Bewegungsfreiheit, das Recht auf Bildung, das Recht auf gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe. Die Regierungen haben ganz klar gemacht, das Recht auf Bildung bleibt durch die Zielsetzung, den Schulbetrieb möglichst lang aufrechtzuerhalten, gewährleistet, um nicht die Pandemie auf die Rücken der Schülerinnen und Schüler abzuwälzen.

Ich halte diese Einschätzung für zentral und glaube nicht nur aus grundsätzlicher Überzeugung, sondern auch weil wir wissen, dass sich ansonsten die Schulschließungen und der ausbleibende Unterricht nun einmal insbesondere in sozial schwierigeren Lagen zum Nachteil der Schülerinnen und Schüler auswirken würden, dass es eine richtige Entscheidung ist. Diese Entscheidung ist bildungs- und sozialpolitisch ein notwendiger Schritt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Kontakte im Privatbereich zu reduzieren, dazu gibt es ja bereits Regelungen. Es ist ja nicht so, dass der Privatbereich vollständig unkontrolliert wäre. Eine

Begrenzung für Treffen in der Öffentlichkeit und auch im privaten Raum findet statt. Noch weitergehende Einschränkungen oder die drastische Kontrolle bis in den Privatbereich hinein halte ich auch für nicht zumutbar. Das Gesundheitswesen, das Sozialwesen, der gesamte Kernbereich öffentlicher Verwaltung, Feuerwehr, Polizei, Lebensmittelproduktion und viele Kernbereiche der Wirtschaft stehen auch nicht zur Debatte für eine temporäre Schließung.

Daher bleiben wir dann bei dem doch sehr schwierigen Bestandteil des Beschlusses, den ich aber richtig finde, der auf einen Shutdown im Sektor der Gastronomie, touristischen Hotellerie und des Kulturbereichs abzielt. Dieser Shutdown zielt auf die Reduzierung der Gesamtzahl der Kontakte ab. Er ist nicht begründet mit einem diesen Teilbereichen immer innewohnenden Infektionsrisiko, sondern Ergebnis einer Abwägung.

Nein, Kultur ist nicht entbehrlich. Nein, auch Sport ist nicht Freizeitgedöns. Nein, Gastronomie und Tagesausflüge sind nicht nur nice to have. Sie machen unsere Gesellschaft aus. Dennoch beschließen wir, diese Bereiche für den November vorübergehend zu schließen, um die Gesamtzahl der Kontakte in unserer Gesellschaft zu reduzieren. Ja, das ist bitter, aber es ist unvermeidbar.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Ausgleich werden die Betriebe und Einrichtungen entschädigt. Sie sollen 75 Prozent des Umsatzes vom November 2019 erhalten, immerhin insgesamt zehn Milliarden Euro. Finanziell werden wir für die Betriebe damit eine auskömmliche Finanzierung absichern, wenn es gelingt, die Hilfen so zu gestalten, dass sie nicht so bürokratisch sind oder mit so vielen anderen Bereichen verrechnet werden, dass das Geld am Ende nicht ankommt.

Für die Beschäftigten gilt aber weiterhin, dass diese häufig erneut in Kurzarbeiter\*innengeld fallen werden und die Situation teils dramatisch sein wird. Anders als in größeren Industriebetrieben, in denen die Löhne so hoch sind, dass die Fortzahlung des Kurzarbeiter\*innengeldes einen guten Lohn gewährleistet, fallen viele Menschen insbesondere in der Gastronomie oder Hotellerie unter die Grenze dessen, was zum Leben notwendig ist, und müssen ergänzend aufstocken.

Eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes, eine Aufstockung von Sozialleistungen zur Vermeidung sozialer Härten sind aus unserer Sicht daher dringend

nötig. Wir müssen vermeiden, dass in der Krise die Unternehmen gerettet werden, aber die Beschäftigten unter die Räder kommen. Es braucht daher dringend flankierende Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung und Stärkung der sozialen Sicherungssysteme.

(Beifall DIE LINKE)

Weil Kultur und Freizeit nun einmal ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft sind, darf dieser Teil-Shutdown nur als zeitlich befristeter Wellenbrecher eingesetzt werden. Eine spaßbefreite Gesellschaft, die nur aus Arbeit und der Kleinfamilie ohne Ausgleich besteht, ist für uns auch eine echte Horrorvorstellung. Für einen Monat ist es unvermeidbar und wir tragen diese Linie mit. Gleichzeitig müssen wir diesen Monat aber dafür einsetzen, eine langfristige Strategie für eine lebenswerte Gesellschaft zu entwickeln, trotz und während Corona und nicht erst wieder nach Corona.

Im Vorfeld dieser Debatte haben die Koalitionsfraktionen und vor allen Dingen auch die CDU-Fraktion einen gemeinsamen Antrag beraten und eingereicht, der im Kern drei verschiedene Bereiche aufruft. Erstens bestätigt darin dieses Parlament als gesetzgebende Instanz dieses Bundeslandes die Linie der Regierungen und des Senats. Zweitens begibt sich das Parlament angesichts der Tiefe der Eingriffe und auch der Dauer der anhaltenden Pandemie auf den Weg, im Rahmen parlamentarischer Beratungen wieder stärker eigenes Engagement zu zeigen. Drittens finden sich einige Schwerpunktsetzungen in dem Antrag, die auf den Schutz vulnerabler Gruppen, auf die Stärkung der Gesundheitsämter sowie die Zusage, flankierende Maßnahmen zu unterstützen oder zu initiieren, abzielen.

Erklärtes Ziel dieses Antrags ist zudem, dass der Lockdown dazu führen soll, das Infektionsgeschehen wieder auf ein Maß herunterzuregulieren, das wieder ein halbwegs normales Leben ermöglichen soll, bei dem unter Einhaltung der Hygienemaßnahmen auch wieder Sozialkontakte, kulturelles, wirtschaftliches und soziales Leben stattfinden sollen. Das Ziel ist, dass es wieder ausreicht, die Abstands- und Hygienemaßnahmen im Alltag einzuhalten und auf sich und auf andere achtzugeben, so wie es die überwältigende Mehrheit auch getan hat.

Dennoch glaube ich auch, dass man selbstkritisch anerkennen kann, dass wir es als Parlamentarierinnen und Parlamentarier, auch wenn wir im regel-

mäßigen Austausch mit den Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertretern standen, in den letzten Monaten möglicherweise versäumt haben, uns im Vorfeld auf die jetzt eintretende Diskussion vorzubereiten. Wir haben immer davon gesprochen, dass wir im Herbst in eine zweite Welle hineinlaufen, dennoch haben auch wir als Parlament keine Beschlüsse im Vorfeld gefasst, was denn dann die Maßnahmen hätten sein sollen, sondern sind jetzt zu einer recht kurzfristig anberaumten Sitzung zusammengetreten.

Daher, glaube ich, ist es richtig, dass wir mit diesem Antrag das Selbstbewusstsein artikulieren, uns in der Zukunft stärker selbst in den Prozess einzubringen, und damit aber auch eine Verpflichtung eingehen, diesen Prozess und die langfristige Strategie stärker mitzugestalten und auch auszubuchstabieren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Es gab zwischenzeitlich ja durchaus etwas schwierige Alleingänge von einzelnen Landesregierungen, Stichwort Beherbergungsverbote, weil diese dachten, dass bei ihnen ja alles im Griff sei und das durch ein Beherbergungsverbot geschützt werden kann. Diese Alleingänge haben aber auch Vertrauen bei der Bevölkerung gekostet und waren letztendlich auch juristisch und im Sinne der Testkapazitäten nicht zu halten. Der Streit auf der Ministerpräsident\*innenkonferenz dazu ist gerade einmal zwei Wochen her, politisch fühlt sich das an wie vor einer Ewigkeit. Daran sieht man aber wieder, wie schnell sich die derzeitige Lage ändert, und dies stellt mit Sicherheit eine große Herausforderung auch für die parlamentarischen Abläufe dar. Dennoch haben auch andere Bundesländer gesetzliche Rahmenbedingungen entwickelt oder bereits vorher gehabt, die ihnen eine formelle Beteiligung bei den Coronaverordnungen zuschreiben.

Daher begrüße ich es, dass in der heutigen Diskussion die Diskussion noch einmal aufgenommen wurde, mit dem Antrag verankert wird, einen Vorschlag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vorsieht und wir uns auf den Weg machen werden, einen Weg zu identifizieren und zu definieren, wie dieses Parlament auch bei den formalen Coronaverordnungen einbezogen werden wird und auch die Möglichkeit zur Debatte und Beschlussfassung haben wird.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Für die nächsten Monate brauchen wir eine Strategie, die das Infektionsgeschehen niedrig hält, aber gleichzeitig das öffentliche, wirtschaftliche, soziale Leben aufrechterhält. Der Übergang von Kontaktarmut zu risikoarmen Kontakten muss durch individuelles Verhalten, wie das Einhalten der Hygiene- und Abstandsregelungen, aber auch durch strukturelle Maßnahmen, wie die Anpassung von Abläufen am Arbeitsplatz, wieder aufgebaut werden.

Der Shutdown im Frühling war richtig, um uns für das Gesundheitssystem Zeit zu verschaffen, uns auf eine Pandemie vorzubereiten. Der Shutdown light, so nenne ich ihn einmal, den wir jetzt als Wellenbrecher haben, hat das Ziel, die Kontakte zu reduzieren, um eine Überlastung des Gesundheitssystems erneut zu vermeiden. Diese Phase müssen wir für längerfristige Maßnahmen nutzen. Ziel muss es sein, bei ausreichenden Kapazitäten im Gesundheitssystem den R-Wert, die Reproduktionszahl, wieder unter eins zu bewegen und damit den Anstieg der Neuinfektionen zu stoppen.

Daher darf man auch nicht die Krankenhäuser im Regen stehen lassen und die Pauschalen für die Betten in der Reserve auslaufen lassen, so wie in der Vergangenheit. Daher darf auch der Gemeinsame Bundesausschuss die Beschäftigten nicht im Regen stehen lassen, wenn die telefonische Krankenschreibung ausläuft. Daher darf man auch nicht die Beschäftigten in der Fleischindustrie im Regen stehen lassen, wenn wir regelmäßig feststellen, dass dort das Infektionsgeschehen nicht aufgehalten werden kann. Daher dürfen wir auch Menschen in Sammelunterkünften nicht im Regen stehen lassen und müssen ihnen den gleichen Schutz vor der Pandemie ermöglichen wie Menschen, die nicht in staatlicher Obhut leben.

(Beifall DIE LINKE)

Auch im öffentlichen Gesundheitsdienst müssen wir noch nachlegen und diesen weiter ausbauen und insbesondere die Analysekompetenzen stärken. Zudem ist der ergänzende Einsatz von möglichst genauen Schnelltests ein wichtiger Baustein, um beispielsweise im Altenpflegebereich oder auch im Krankenhausbereich mehr Sicherheit vor Ansteckungsrisiken zu schaffen. Gleichzeitig gilt es auch, das unterschiedliche Infektionsgeschehen innerhalb der gesamten Stadtgesellschaft zu adressieren.

Wir brauchen Beratungsstrukturen in den Stadtteilen, wir brauchen mehrsprachiges Informationsmaterial auf der Höhe der Zeit, wir brauchen auch hygienegerechten Um- und Ausbau des ÖPNV, bereits angeschnitten, wir brauchen langfristige Entzerrung der innerstädtischen Flächen. Ich glaube, darüber hinaus sind temporäre Einschränkungen beispielsweise von Parkplätzen oder des Autoverkehrs Maßnahmen, die ja teilweise auch in Anspruch genommen wurden, die mit Sicherheit ausgebaut werden können. Wir brauchen verpflichtende Hygienebeauftragte in Betrieben, arbeitsrechtliche Sicherheit für Beschäftigte, deren Kinder beispielsweise wegen Infektionen in Schulklassen in Quarantäne sind. Wir brauchen einen Ausbau von Schutzstrukturen vor häuslicher Gewalt und die Unterstützung in Digitalisierungsprozessen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor uns liegen noch mehr Diskussionen als hinter uns. Wir haben uns als Parlament heute noch einmal dazu verpflichtet, diese Diskussionen aktiv mit anzunehmen. Ich glaube, das ist ein richtiges Signal, aber es ist auch eine Herausforderung, der wir uns damit stellen.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

In meiner ersten Rede zu diesem Thema – das ist jetzt ja schon einige Monate her – habe ich viel darüber gesprochen, wie unterschiedlich die Krise unsere Gesellschaft trifft, und das hat sich auch bis heute nicht verändert. Bei einem hohen Lohn ist das Kurzarbeitergeld oft ausreichend. Auf der Strecke bleiben aber all diejenigen, die als Solo-Selbstständige, prekär Beschäftigte oder Minijobber von den derzeitigen Regelungen unzureichend aufgefangen werden. Wenn der öffentliche Raum weniger nutzbar wird, ist der Rückzug in das Private besonders dann belastend, wenn die Wohnverhältnisse eng sind, der Rückzugsraum mit mehr Menschen geteilt wird oder keine Sicherheit darstellt. Doch auch am anderen Ende des Spektrums kann der Rückzug in den Privatraum Einsamkeit und/oder soziale Isolation als Risiko beinhalten.

All diese Aspekte dürfen wir daher niemals aus dem Auge lassen, wir müssen immer im Kopf haben, dass die Eingriffe einer sozialen Prüfung standhalten müssen, und gegebenenfalls geeignete Maßnahmen zur Unterstützung entwickeln. Bei allen gerechtfertigten Aufrufen zur Einhaltung geltender Regeln und Vorschriften dürfen wir aber

die Krisenbewältigung auch nicht nur individualisieren. Ja, es liegt an uns allen, wie wir uns im Alltag verhalten. Doch je nach Beschäftigungssituation kann ich mir nun einmal nicht aussuchen, in das Homeoffice zu gehen oder in jedem Teilbestandteil vor einer Ansteckung geschützt zu sein. Ich kann mir nicht immer aussuchen, mit welchem Verkehrsmittel ich zur Arbeit fahre, wenn ich kein Auto habe, sondern auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen bin.

Es steht daher auch nicht immer an, mit, so nenne ich es einmal, moralischer Überlegenheit am Ende eine Schuld für eine Infektion auf individueller Ebene zuzuschreiben, sondern man muss neben der individuellen Verantwortung auch die Rahmenbedingungen politisch in den Blick nehmen, um den Schutz individuell zu ermöglichen und damit auch einer Gesamtverantwortung gerecht zu werden.

Abschließend möchte ich Genesungswünsche an all diejenigen richten, die derzeit unter einer COVID-19-Infektion leiden oder sich von dieser erholen. Ich kenne mittlerweile persönlich – und ich vermute, so wird es den meisten gehen – mehrere Menschen, die sich angesteckt haben. Nicht nur die erheblichen körperlichen Folgen, sondern auch die Sorge, das eigene Umfeld anzustecken oder bereits angesteckt zu haben, sind eine enorme Belastung. Unsere Gedanken sind auch bei all den Angehörigen, die Verstorbene zu beklagen haben, und ich möchte ihnen mein aufrichtiges Beileid aussprechen.

Wir wissen um unsere Verantwortung und werden für den weiteren Verlauf der Krisenbewältigung dieser wie bisher gerecht werden. Ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen, die den Antrag gemeinsam erarbeitet haben, für die gemeinsame Beratung im Vorfeld. Die anstehenden Maßnahmen sind hart, aber sie sind auch notwendig, um eine Perspektive für 2021 zu erhalten, bei der wir ein Leben in und mit der Pandemie erhalten und parlamentarisch mitgestalten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Frau Wischhusen das Wort.

**Abgeordnete Wischhusen (FDP):** Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere vertraute Welt steht auf dem Kopf, unsere Welt

hat sich massiv verändert. Lokal und global erleben wir in einem noch vor einem dreiviertel Jahr unvorstellbaren Ausmaß Historisches, wie etwa gravierende Verhaltensveränderungen und einen für Deutschland bisher schwer vorstellbaren wirtschaftlichen Wandel, dessen Ausprägung wir uns heute noch nicht ausmalen können.

Meine Damen und Herren, wir erleben, was wir eigentlich schon immer wussten: Jeder Einzelne und wir als Gesellschaft sind unglaublich fragil, abhängig von anderen, abhängig von Einflüssen von außen. Corona hat unsere Agenda gewandelt, die menschliche und gesellschaftliche Fragilität müssen wir in Resilienz wandeln und das ist wahrlich keine leichte Aufgabe.

Die Coronapandemie ist nicht vorbei, sie ist in voller Fahrt und sie ist mit einer hohen Dynamik unterwegs. Sie ist unglaublich gefährlich. Wir sehen das nicht allein an der Anzahl der infizierten Personen, wir merken das an immer mehr Menschen, die auch tatsächlich erkrankt sind. Wir sehen, dass mehr Menschen im Krankenhaus und immer mehr Menschen auf den Intensivstationen versorgt oder gar beatmet werden müssen. Deswegen ist eines klar, ein „Weiter so“ ist absolut keine Option mehr. Das Virus hat unser Leben und unsere Grundwerte seit Anfang des Jahres massiv beeinflusst und das Virus kennt keine Grenzen.

So war es genau richtig, dass die Bundesregierung sofort Maßnahmen ergriffen hat, um das Virus einzudämmen und damit auch die Infektionskurve abzuflachen. Bis heute ist das unser Ziel und das dürfen wir auf keinen Fall aus den Augen verlieren. Erst das Abflachen der Kurve sorgt dafür, dass unser Gesundheitssystem nicht überlastet wird und mit den Maßnahmen zur Abflachung der Kurve erkaufen wir uns die Zeit, in der wir hoffentlich einen Impfstoff entwickeln können, mit dem dann die Anzahl der Todesfälle gesenkt werden kann.

Es war richtig, dass die Bundesregierung im Frühjahr ein milliardenschweres Finanzpaket geschnürt hat, auch wenn es Defizite hatte und dabei die Soloselbstständigen vergessen wurden. Zu diesem Zeitpunkt wussten wir auch noch nicht viel über das Virus, weder wie es verbreitet wird, noch wie wir es bekämpfen können, aber mit dem ersten Lockdown gelang es, die Kurve abzuflachen. Uns hier in Deutschland blieben Szenarien wie in Bergamo, Gott sei Dank, erspart. Wir konnten unsere Nachbarn in der medizinischen Versorgung sogar unterstützen und dafür schlossen wir Restaurants,

Hotels, Kitas und Schulen, Museen, kurz: unser gesamtes öffentliches Leben. Die Städte kamen uns vor wie Geisterstädte, die Hauptstadt wie ausgestorben, es waren kaum mehr Autos unterwegs, die Bahnen leer, Flugzeuge standen auf dem Rollfeld herum und Menschen waren nur noch vereinzelt zu sehen.

Als besonders erschreckend empfanden wir, dass plötzlich ohne Rücksprache Österreich die Grenzen zu Deutschland schloss und viele andere europäische Länder gleichzogen. Die europäischen Innengrenzen waren plötzlich wieder echte Grenzen geworden und so konnten Familien nicht zusammenkommen, so konnten die Erntehelfer nicht mehr nach Deutschland reisen und Menschen, die in Frankreich leben und in der Schweiz arbeiten, durften nicht zur Arbeit gehen. Eine Vorstellung, die bis dahin für uns völlig abwegig war. Reflexhaft führte die Krise zu einem Abgrenzungsdenken zurück, das selbst innerhalb der EU Schlagbäume herunterließ.

Wie so oft, leider viel zu oft, wurde auf eine globale Herausforderung eine nationale Antwort gesucht. Das ist doppelt falsch, unklug und ungerechtfertigt, denn wir leben in einer Welt globaler Kooperation. Ein Virus verbreitet sich global und das globale Zusammenspiel unserer gesellschaftlichen Strukturen erweist sich nicht als belastbar. Hier hat Corona aufgedeckt, woran wir in Zukunft arbeiten müssen: Als Gesellschaft könnten wir lernen, dass wir mehr Europa, mehr globale Steuerung und eine Art Weltinnenpolitik benötigen, um damit schädlichen Nationalismus zu überwinden.

(Beifall FDP)

Genau darin steckt das Innovationspotenzial unserer momentanen Situation. Natürlich sind lokale Interessen ebenso wichtig wie ein Verständnis für Interessenkonflikte, aber man muss verstehen, dass globale wirtschaftliche Verflechtungen kein Problem sind, sondern Teil der Lösung, denn sie zwingen uns zu Kooperationen auf allen Ebenen. Es ist eine Zeit, in der wir uns die Komplexität unseres Daseins bewusst machen müssen.

Doch was wir im Moment beobachten, ist das Gegenteil. Der Trend der Separierung schreitet voran. Die Bundesländer zogen sich dann auch noch auf ihre Partikularinteressen zurück und das Eigeninteresse war das wichtigste. Es ging sogar so weit, dass es verboten war, als Bremer nach Schleswig-Holstein zu fahren. Es gab innerdeutsche Grenz-

kontrollen. Erst vor zwei Wochen haben wir die Absurdität des Beherbergungsverbot zu spüren bekommen. Es machte sich Unverständnis in der Bevölkerung breit und der Rechtsstaat griff durch, indem Urteile gefällt wurden, die das Beherbergungsverbot kippten. Übrigens ein Vorgehen, das es jetzt immer häufiger gibt.

Jetzt gibt es das neue Normal. Schon in den letzten Monaten, als wir uns mit dem neuen Normal abgefunden haben, – –. Übrigens, es ist spannend zu sehen, wie sich auch das Vokabular verändert. Zuerst waren es medizinische Masken, dann Mund-Nasen-Bedeckungen und heute nennen wir das Ganze Alltagsmasken. So, als hätte es nie etwas anderes gegeben. Wir halten Abstand, wir tragen Masken, wir sagen uns nicht mehr per Handschlag guten Tag und unser Leben, unser Miteinander hat sich verändert.

Corona ist nicht nur eine ökonomische und gesellschaftliche, sondern auch eine massive psychologische Bedrohung. Ein sich rasant ausbreitendes, unkontrollierbares Virus hat eine angemessene kollektive Angst ausgelöst und zu adaptiven Reaktionen geführt. Wir haben das bisher ganz gut bewältigt und trotz Protesten gibt es eine Akzeptanz des Herunterfahrens, die physische Distanz und auch die Hygienemaßnahmen werden eingehalten.

Das dürfen wir als kollektives Verantwortungsgefühl bewerten und diese neue gesellschaftliche Verantwortung ist eine Chance in der Krise – zum Beispiel Menschen, die für Ältere einkaufen gingen, Fotobücher für Verwandte kreierte, die man nicht besuchen durfte, und vieles, vieles mehr. Der Wert der Familie ist sehr viel stärker geworden, das ist durchaus etwas Schönes. Wir schützen durch das Tragen von Masken uns und andere und erst die Einschränkungen der sozialen Aktivitäten haben uns gezeigt, wie stark unser Bedürfnis nach Kontakt tatsächlich ist.

Doch auch das dürfen wir nicht leugnen, es sind schon im ersten Lockdown viele Menschen zu Schaden gekommen. Virtuelle Kontakte ersetzen eben nicht den unmittelbaren physischen Kontakt. Ein Plus, die Digitalisierung wird voranschreiten, aber physische Präsenz wird zu der wertvollsten Erfahrung werden. Sich die Hand zu geben, sich gegenseitig offen in das Gesicht zu schauen, tatsächlich die Mimik, die Gestik wahrzunehmen, zu wissen, wie jemand fühlt, sich zu umarmen – unsere Bedürfnisse nach Bindung und emotionaler Intimität lassen sich eben nicht über den Bildschirm befriedigen.

Was macht das Virus mit uns als Gesellschaft? Es verbreitet natürlich Angst und das ist auch verständlich. Menschen haben Angst zu erkranken, Angst vor den Schreckensszenarien aus Italien, Frankreich und den USA. Doch Angst ist eine schlechte Ratgeberin. Sie darf nicht die Steuerung übernehmen!

Die Coronakrise ist eine Herausforderung für unser Vertrauen in das Verantwortungsgefühl, in die Regierung, in die Demokratie, die Medizin und die Wissenschaft. Ist dieses Grundvertrauen nachhaltig erschüttert, setzt Realitätsverlust ein, auch das erleben wir. Paranoide Ideen erhalten Raum und rufen Leugner auf die Tagesordnung. Jedoch, das möchte ich mit Nachdruck betonen, dürfen wir unseren gesunden Menschenverstand nicht verlieren. Wir müssen mehr denn je kritisch mit Informationen umgehen, die Stimme erheben, wenn etwas nicht nachvollziehbar erscheint oder wenn wir unsere demokratische Gemeinschaft in Gefahr sehen. Wir müssen ehrlich bleiben dürfen. Denken ist ein Menschenrecht und Mitdenken ist es auch.

(Beifall FDP)

In Italien ist jeder Arzt- beziehungsweise Krankenhausbesuch mit einer Zuzahlung von 100 Euro begleitet. Nicht jeder kann es sich leisten, und bei einem Anflug von Grippe-symptomen überlegt man es sich genau, ob man deshalb gleich zum Arzt geht. Die Konsequenzen waren fatal. Auch in den USA ist das Gesundheitssystem ein anderes, nicht jeder hat eine Krankenversicherung, nicht jeder kann es sich leisten und das bedeutet, wer krank wird und der Arbeit fernbleibt, erhält kein Gehalt. Die Konsequenz ist, dass eine Vielzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich krank zur Arbeit schleppt, statt zum Arzt zu gehen, und die Ansteckungsrate ist folglich immens. Das schreckliche Ausmaß belegen dort leider die Zahlen.

Doch wir in Deutschland können stolz auf unser Gesundheitssystem sein. Bei uns ist jeder abgesichert,

(Abgeordnete Aulepp [SPD]: Eben nicht jeder!)

bei uns gibt es soziale Sicherungssysteme, die es erlauben, krank zu sein, zum Arzt zu gehen, sich auszukurieren, ohne auf Gehalt verzichten zu müssen.

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: In welcher Welt leben Sie eigentlich?)

Ja, auch das ist ein Grund, warum die Pandemie bei uns noch nicht solche Ausmaße angenommen hat. Lassen Sie mich noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Es besteht kein Zweifel daran, dass der Staat alles tun muss und wird, was erforderlich, angemessen und geeignet ist, um die Pandemie einzudämmen und die Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

(Beifall FDP)

Doch es geht auch um die Existenz von Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Unternehmerinnen und Unternehmern. Ganze Berufsgruppen drohen auszusterben und daran hängen auch deren Familien. Erst ein angemessener Umgang mit der Angst, unserem Verantwortungsgefühl für alle Bereiche des Gemeinwesens und ernsthafte Debatten über das, was angebracht ist, bauen Vertrauen auf und genau dieses Vertrauen in den Staat brauchen wir,

(Zuruf Abgeordnete Bredehorst [SPD])

um die Maßnahmen durchzusetzen. Die Angst vor einem zweiten Lockdown ist unbeschreiblich groß.

(Beifall FDP)

Auch wenn es gut ist, dass wir jetzt 75 Prozent der Umsätze aus dem Jahr 2019 an die Betroffenen ausschütten, geht es um mehr. Die Kollateralschäden sind immens und aktuell überhaupt nicht beziffert.

Für ältere Menschen ist es eine Katastrophe. Sie drohen zu vereinsamen, haben nicht mehr die Chance, in ihre Stammkneipe zu gehen, Menschen zu treffen und sich auszutauschen. Doch gerade die Konversation, das gemeinsame Sein, das Miteinanderdenken, das Leben mit anderen ist für viele Lebensinhalt und das Lebenselixier. Die Vereinsamung treibt Menschen auch in den Tod. Junge Menschen, Jugendliche, brauchen auch den Austausch mit Gleichgesinnten, nicht umsonst waren so viele im Sommer draußen, die Parks waren voller Menschengruppen, die sich ausgetauscht haben. Doch all das nehmen wir ihnen jetzt wieder weg.

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Nein!)

Die Schließung des Freiparks, obwohl Abstandsregeln eingehalten wurden, dieser unter freiem Himmel stattfand und sich die Besucher vorher registrierten, ist in unseren Augen nicht richtig. Die Gastronomie hat jetzt Gelder in Heizpilze investiert, letzte Reserven mobilisiert. Und wofür? Dafür,

dass sie jetzt, im November, wieder schließen müssen. Kein Wunder, dass bei vielen ein Fragezeichen im Kopf zurückbleibt, denn Wirtschaft braucht vor allem eines: Planbarkeit und Verlässlichkeit. Genau das ist aktuell aber nicht mehr gegeben.

Eine Analyse des RKI im August hat gezeigt, dass das größte Ansteckungsrisiko im privaten Umfeld und in Alten- und Pflegeheimen herrscht. Kaum risikobehaftet hingegen waren Restaurants und Hotels. Das hat auch damit zu tun, dass die strengen Hygienekonzepte griffen. Die verantwortungsvollen Gastronomen haben kontrolliert die Hygienestandards eingehalten und genau diese Gastronomen werden jetzt wieder bestraft und auch Kulturschaffende werden bestraft.

Die Menschen werden mit dem zweiten Lockdown ins private Umfeld gedrängt, zu Hause kaserniert und genau dort stehen Familien und Freunde eng zusammen. Es gibt kleine Wohnungen, nicht genügend Durchlüftung und keine Kontrollen. Das ist ein gefährlicher Schritt, zumal wir wissen, dass jetzt die kalte Jahreszeit kommt, die Wohnungen stark beheizt werden, Menschen nicht mehr hinausgehen und somit zu Hause festsitzen. Wir nehmen den Menschen die Möglichkeit hinauszugehen.

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Das ist doch Unsinn!)

Von dem zweiten Lockdown sind nicht nur Restaurants und Hotels betroffen, sondern auch Kinos, Theater, generell Kultureinrichtungen, die es uns ermöglichen, uns auf großer Fläche aufzuhalten und auch die Abstandsregeln einzuhalten. Für uns ist dieser Schritt wenig durchdacht. Insbesondere in Krisenzeiten brauchen Menschen eine Konstante, die ihnen ein lebenswertes Leben ermöglicht und ihnen die Kraft gibt, selbstbestimmt viele der notwendigen Einschränkungen umzusetzen. Den Glauben an die eigenverantwortlich handelnden Menschen wollen wir als Freie Demokraten jedenfalls so schnell nicht aufgeben.

(Beifall FDP)

Das Coronajahr neigt sich dem Ende zu. Weihnachtszeit ist Familienzeit und Weihnachtszeit bedeutet, sich zu besinnen, das Jahr zu reflektieren, ein wenig zur Ruhe zu kommen. Der Besuch auf dem Weihnachtsmarkt ist für viele ein wichtiger Bestandteil dieses traditionsreichen Festes. Er könnte es auch weiterhin sein, unter freiem Him-

mel, mit sinnvollem Hygienekonzept. Ein Weihnachtsmarkt wäre möglich und zu verantworten. Wir hätten uns vorstellen können, den Weihnachtsmarkt ähnlich des Freiparks zu gestalten. Kleiner, ruhiger, ohne Partyglühweinbuden, wie Sie es eben sagten, Herr Röwekamp, und natürlich der Situation angepasst, mit der Beschränkung der Teilnehmerzahl pro Quadratmeter, natürlich an der frischen Luft und ohne Zelte. Aber auch das wird dieses Jahr nicht möglich sein.

Was wir haben, ist das Problem der einseitigen Einschränkungen. Das Beispiel Weihnachtsmarkt führt die Problematik vieler momentaner Entscheidungen vor Augen. Wir Freien Demokraten empfinden es als problematisch, dass es lediglich um die Einschränkungen der Bürgerinnen und Bürger geht. Die staatliche Bringschuld, die Pandemie in ihren Auswirkungen abzufedern, wurde nicht vollumfänglich erbracht, obwohl wir wussten, dass der Herbst uns vor neue Herausforderungen stellen wird. Seit März haben wir vergessen, unsere Gesundheitsämter personell und technisch ausreichend auszustatten. Die Verbesserungen und die Investitionen in die Warn-App wurden unterlassen.

Was für uns am schwersten wiegt: Unsere Kitas und Schulen sind nicht pandemiefest gemacht worden. Beim digitalen Unterricht ist man überhaupt nicht vorangekommen.

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Na sicher, wir benutzen Schreibmaschinen!)

Bremen hat Geräte bis jetzt weitestgehend nur an Lehrer verteilt. Doch das wird im Zweifel keinerlei Verbesserungen erzielen. Die Vereinbarungen zur Nutzung von itslearning ist nicht unterschrieben, die Übereinkunft zur Nutzung von Mails durch Lehrer auch nicht. Das sind die offensichtlichen Baustellen, aber es ist keinerlei Anpassung im Hinblick auf die digitale Vermittlung erfolgt. Für uns ist es nicht verhandelbar, dass Schulen und Kitas so allein gelassen werden.

Es ist essenziell, dass Kindern der Zugang zur Bildung ermöglicht wird und dass auch der Austausch untereinander fortbesteht. Nicht jedes Kind hat Geschwister, nicht jedes Kind ist mit einem fürsorglichen Elternpaar gesegnet. Wir dürfen es nicht verantworten, einer ganzen Generation psychische Schäden zuzumuten. Umso wichtiger ist es jetzt, Gelder aus dem Digitalpakt auszuschütten und die Schulen auf dem Weg zur Digitalisierung zu unterstützen. Schule kann man anders aufstellen als

morgens um 8 Uhr 1 000 Schülerinnen und Schüler hinein und um 14 Uhr wieder hinaus zu lassen.

(Abgeordneter Janßen [DIE LINKE]: Das ist doch gar nicht mehr so!)

Schule im 21. Jahrhundert geht selbstbestimmt, geht online, geht hybrid, an anderen Lernorten und auch am Nachmittag. All das kann helfen mit dem Virus zu leben. Die Alternative heißt nicht, Schulen und Kitas zu öffnen oder zu schließen, sondern die Alternative heißt für uns, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung zu tragen und Konzepte mit sozialer Verantwortung für diejenigen zu entwickeln, die Hilfe und Unterstützung brauchen.

(Beifall FDP – Abgeordneter Janßen [DIE LINKE]: Das passiert doch gerade!)

Damit das einmal deutlich wird: Ja, wir sind uns des Ausmaßes und der Bedrohung durch das Virus bewusst. Ja, wir wissen auch, dass es nicht in den nächsten Monaten verschwindet und gerade deshalb müssen wir überlegen, wie wir ein Leben mit dem Virus ermöglichen können, ohne unseren Alltag komplett auf null zu fahren.

(Zuruf Abgeordnete Aulepp [SPD])

Die Kernfrage ist, wie wir ein freiheitliches Leben mit einem umfassenden Gesundheitsschutz verbinden, wie wir zwischen den umfassenden Bedürfnissen einzelner und den Anforderungen der Solidargemeinschaft abwägen, wie wir bewerten, was sinnvoll ist, um unser gemeinsames Ziel zu verfolgen.

(Abgeordneter Imhoff [CDU]: Dann geben Sie doch eine Antwort!)

Wir stehen zusammen, keine Frage, aber wir dürfen kontrovers diskutieren, wir dürfen verschiedene Stimmen gleichzeitig erklingen lassen und all das wird die Akzeptanz für die neuen Formen unseres Zusammenlebens erhöhen.

Dafür bedarf es einiger Grundvoraussetzungen. So müssen wir zum Beispiel sofort die Testkapazitäten ausweiten und die Ergebnisse schneller bereitstellen. Wir müssen Kontaktbeschränkungen verschärfen. Wir müssen die Kontaktverfolgung effizienter gestalten und die Corona-App verbessern. Wir müssen in den Schulen Belüftung sicherstellen, wir müssen den Nahverkehr entzerren, auch mit kreativen Lösungen. Es kann doch nicht sein, dass wir



in überfüllten Bussen und Bahnen sitzen, da hilft dann auch die Alltagsmaske nicht mehr.

(Unruhe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir brauchen mehr Personal in den kritischen Bereichen. Das heißt, besonders der Gesundheitsbereich muss massiv verstärkt werden. Wir brauchen verpflichtende FFP2-Masken in den Alten- und Pflegeheimen, am besten sogar für alle. Wir brauchen ein gesellschaftliches Miteinander, das auf die Verantwortung auch für die Mitmenschen ausgerichtet ist, das heißt, konsequentes Einhalten der Hygiene- und Abstandsregeln.

Lassen sich die nun neu verhandelten Maßnahmen daran messen? Halten sie einer kritischen Überprüfung stand und sind sie geeignet die Kurve abzufachen? Wir Freien Demokraten hegen da Zweifel. Sie bedeuten auf jeden Fall einen massiven Eingriff in unsere Freiheits- und Grundrechte. Was uns besonders stört, ist, dass diese Maßnahmen ohne Befassung der Parlamente einfach von oben herab entschieden werden.

(Abgeordnete Aulepp [SPD]: Sie hätten ja jetzt die Chance, etwas Konstruktives vorzuschlagen!)

Scheinbar unabänderliche Gesetze des ökonomischen und des sozialen Lebens insgesamt sind außer Kraft gesetzt. Das Virus bedroht alle von uns, aber nicht alle gleichermaßen, genauso wenig wie die Maßnahmen zu dessen Eindämmung.

Es gilt daher, den Fokus nachhaltig so einzustellen, dass die Regelungen besonders von denen zu rechtfertigen sind, die am Verwundbarsten sind. Deshalb ist es an der Zeit, unsere Stimme zu erheben. Wir haben bewusst in Deutschland eine Gewaltenteilung, doch obwohl die Legislative, wie hier das Parlament, tagungsfähig ist und bereitsteht, handelt die Exekutive komplett eigenmächtig.

(Zuruf Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU])

Aus gesellschaftspolitischer Sicht ist es fragwürdig, wenn das gesamte Land nicht mehr vom Parlament, sondern von einer verordnungsgebenden Versammlung der Bundeskanzlerin mit den Bundesländern regiert beziehungsweise dirigiert wird.

(Zuruf Abgeordnete Krümpfer [SPD])

Die Legislative ist derzeit gefühlt außer Kraft gesetzt.

(Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Was? – Abgeordneter Güngör [SPD]: Ich glaube, Ihre Fraktion hat sich gerade selbst außer Kraft gesetzt!)

Corona kostet uns viel, aber mit der Demokratie zu zahlen, dieser Preis ist uns zu hoch. Deshalb schätzen wir das Signal, das heute gesendet wird, dass das Parlament als Kontrollfunktion eingebunden werden soll, sehr. Wir möchten noch weitergehen und wir würden uns wünschen, dass es eine vorherige Befassung des Parlaments gibt und die Regeln erst einmal vom Parlament verabschiedet werden, und zwar vorher.

(Beifall FDP)

Wir leben, Gott sei Dank, in einer Demokratie

(Abgeordneter Lübke [CDU]: Sie leugnet sich selbst!)

und die Demokratie zeichnet sich insbesondere durch Vielfalt der Meinungen aus. Sich positiv zu streiten, Meinungen auszutauschen oder für die eigene Grundauffassung zu kämpfen, ist Teil der gelebten Demokratie und nein, Herr Röwekamp, es ist nicht Populismus,

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen: Doch! – Abgeordneter Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Unsinn der Verzweiflung! – Unruhe)

wie Sie gesagt haben. Da widerspreche ich Ihnen vehement. Doch was wir erleben – Sie alle haben es leider auch gezeigt und Sie zeigen es auch jetzt mit Ihrem Verhalten und mit lauten Zwischenrufen –, beim Thema Corona darf es keine zwei Meinungen geben. Viele der Politiker haben offensichtlich Angst

(Zuruf Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen] – Zuruf Abgeordnete Aulepp [SPD])

mit Konsequenzen leben zu müssen, wenn Sie einen anderen Weg einschlagen. Sie werden gleich als Rechte verschrien, als Coronaleugner, als Aluhutträger. Die gibt es alle, ja, aber das darf uns doch nicht davon abhalten, das Thema Corona kontrovers zu behandeln und auch über die Maßnahmen zu diskutieren.

(Beifall FDP – Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Welche schlagen Sie denn vor?)

Wer einen anderen Weg vorschlägt, darf nicht postwendend degradiert werden. Dieser Populismus ist falsch und hochgradig gefährlich für unsere Gemeinschaft. Bei diesem Thema gibt es nicht nur eine Meinung. Selbst die Fraktionen sind divers und das wissen Sie selbst, auch wenn Sie hier so laut schreien. Frau Senatorin Vogt hat als unsere Wirtschaftssenatorin gesagt, dass sie auf Distanz zu den Coronamaßnahmen geht. Frau Kappert-Gonthier sagt, dass sie die Schließung der Kultureinrichtungen für falsch hält. Herr Raschen von der CDU sagt, dass die Schließung der Restaurants noch einmal zu überprüfen ist. Also hören Sie doch auf so zu tun, als gäbe es nur eine Meinung. Sie sind sich doch selbst interfraktionell nicht einmal einig und deswegen sollten wir uns auch darüber streiten dürfen.

(Beifall FDP – Zuruf Abgeordnete Aulepp [SPD] – Zuruf Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen])

Gerade wo Menschen Angst haben – die einen haben Angst vor dem Risiko, sich anzustecken und zu erkranken, und die anderen haben Angst vor dem Verlust der Arbeit, Angst vor Vereinsamung –, da müssen wir besonders gut hinhören und es müssen alle Meinungen gehört werden und ihren Raum in der Debatte bekommen.

Wir als demokratische Mitte

(Lachen Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist lange nicht mehr Mitte!)

können es uns nicht leisten, die Menschen aus parteipolitischem Kalkül in die Arme der Extremen zu treiben. Das sollten wir gemeinsam verhindern.

(Beifall FDP)

Ich möchte Ihnen ein Zitat vorlesen: „Es geht um die richtige Balance von öffentlichem Leben, Gesundheitsschutz, Wirtschaft, den Interessen des Einzelnen und denen der Gesellschaft. All das verdient eine grundsätzliche und kontroverse Debatte“.

(Zuruf Abgeordnete Krümpfer [SPD])

Das sind sehr weise und richtige Worte. Genau diesen Umgang wünschen wir uns. Diese Worte hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn im Mai gesagt. Die Pandemie hat viele Facetten und unsere Gesellschaft ist vielfältig. Es ist unsere Aufgabe, die

Pandemie einzudämmen und weiterhin ein Leben mit dem Virus zu ermöglichen. Aktuell sehen die Maßnahmen eher nach Aktionismus als nach einem langfristigen, nachhaltigen Plan aus. Wir brauchen eine langfristige Strategie, um mit Corona zu leben. Wir wissen so viel mehr als noch im März und trotzdem haben sich die Maßnahmen nicht grundlegend verändert.

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Eines dürfen wir nicht vergessen: Die Konsequenzen werden uns über Generationen beschäftigen. Wir schütten Gelder in dreistelliger Milliardenhöhe aus und niemand spricht davon, dass all die Gelder nicht aus Produktivität erwirtschaftet wurden, sondern in Form von Verschuldung realisiert werden müssen. Wir drücken damit unseren eigenen Kindern und den nachfolgenden Generationen eine hohe Last auf die Schultern, nehmen ihnen Gestaltungsfreiräume und erzeugen massiv negativ wirkende psychologische Effekte. Wir erzeugen in einer Vielzahl von Kindern die Angst vor dem Leben und der Zukunft und insbesondere Angst vor den eigenen Mitmenschen als potentielle Gefährder. Ein sorgloses Leben, so wie wir es kennenlernen durften, ist dieser Jugend nicht vergönnt.

(Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt übertreiben Sie doch nicht!)

All das sollte auch in der Gesamtbetrachtung der Maßnahmen eine Rolle spielen.

Es ist furchtbar zu sehen, wie die Zahl der positiv Getesteten in die Höhe schnellst, es ist schlimm zu sehen, wie die Zahl der Intensivbetten aufgestockt wird und trotzdem die Angst da ist, nicht genügend Kapazitäten zu haben. Der Druck auf das medizinische Personal wächst täglich. Eine historisch furchtbare Situation, mit der wir als Gesellschaft zu kämpfen haben. Die Pandemie bestimmt unseren Alltag mehr als alles andere und deshalb unterstützen wir alles, was erforderlich ist, um das Virus einzudämmen und unsere Mitmenschen zu schützen.

(Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach was!)

Ermöglichen wir doch beides, ein freiheitliches Leben und höchstmöglichen Gesundheitsschutz. Das ist unsere Aufgabe und gemeinsam schaffen wir es.

(Präsident Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Wir wünschen allen Erkrankten eine baldige Genesung, dass sie schnell gesund werden, dass wir sie schnell wieder hier bei uns haben und vor allem wünschen wir Ihnen, dass auch Sie alle gesund bleiben.

Wir beantragen zu Ihrem Antrag getrennte Abstimmung. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herr Timke.

**Abgeordneter Timke (BIW):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am Mittwoch haben sich die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Länder vor dem Hintergrund rasant steigender Coronainfektionszahlen in Deutschland auf einen neuerlichen Teil-Lockdown bis Ende November geeinigt. Ziel ist es, die laufende zweite Viruswelle durch eine drastische Einschränkung der sozialen Kontakte und das Herunterfahren der meisten Freizeitaktivitäten zu brechen. Ich halte die beschlossenen Maßnahmen zum gegenwärtigen Zeitpunkt für grundsätzlich notwendig, allerdings nicht unbedingt stringent und logisch. Dazu werde ich später noch kommen.

Unser Bundesland Bremen ist einer der Corona-Hotspots in Deutschland. In der Hansestadt ist die sogenannte Sieben-Tage-Inzidenz mit einem Wert von aktuell 160,3 die höchste aller Bundesländer. Auf Platz zwei folgt Berlin mit einem Inzidenzwert von rund 146,1. Nirgends in Deutschland verbreitet sich das Virus also schneller als in Bremen. Deshalb sind wirksame Maßnahmen zur Eindämmung der Epidemie gerade bei uns besonders dringlich. In diesem Zusammenhang wäre es sehr hilfreich, wenn der Senat endlich Zahlen zum Infektionsgeschehen in den einzelnen Stadtteilen Bremens und Bremerhavens vorlegen würde. Mit Hilfe dieser Daten könnte man sehr viel zielgerichteter gegen die Ausbreitung der Seuche vorgehen. Es ist höchste Zeit, Herr Bürgermeister, dass die Landesregierung diese Zahlen liefert.

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Wozu?)

Wie gesagt, meine Damen und Herren, die gerade beschlossenen Maßnahmen sind gegenwärtig notwendig, was auch eine große Mehrheit der Bürger so sieht. Dennoch wird zum Teil berechtigt scharfe Kritik an den ab Montag geltenden Einschränkungen geübt, weil die nicht immer stringent und eben

auch nicht nachvollziehbar sind. Warum beispielsweise müssen Theater, Konzerthäuser und Freizeiteinrichtungen schließen, um Zusammenkünfte und damit Kontakte einer größeren Anzahl von Menschen zu unterbinden, während mögliche andere Infektionsherde wie Schulen und Kindergärten geöffnet bleiben?

(Zuruf Abgeordnete Krümpfer [SPD])

Warum sind Gaststätten, Restaurants und Hotels vom Lockdown betroffen, obwohl die Betreiber zum Teil viel Geld für ausgefeilte Hygienekonzepte zum Schutz ihrer Gäste investiert haben und auch das Robert-Koch-Institut die Auffassung vertritt, dass die Ansteckungsgefahr in diesen Bereichen minimal ist. Bei Hotels liegt die bekannte Ansteckungsgefahr bei null Prozent, meine Damen und Herren. Trotzdem sind sie jetzt vom Lockdown betroffen.

Das ist nicht gerechtfertigt. Um es vielleicht einmal mit dem Beispiel der Gaststättenbesitzer zu sagen, dort liegt die Ansteckungsgefahr gerade einmal bei drei Prozent. Die Gaststättenbesucher werden sich deshalb ab Montag vielerorts in heimischen Wohnzimmern oder Partykellern treffen, wo es eben keine gesetzlichen Hygienekonzepte oder Sperrstunden gibt und das Risiko einer Ansteckung damit viel höher ist als in der Eckkneipe. Es findet damit nur ein Verdrängungseffekt statt, mit dem Ergebnis, dass die Ansteckungsgefahr auch steigen wird.

Der neue „Lockdown light“ soll ja bis Ende November dauern. Es bleibt abzuwarten, ob die Maßnahmen dann auch greifen und die hohen Infektionszahlen signifikant zurückgehen werden. Sollte das nicht der Fall sein, muss die Politik andere Wege beschreiten, um der Seuche Herr zu werden, denn die massiven Einschränkungen der Grundrechte, die das Herunterfahren des gesellschaftlichen Lebens und die Kontaktverbote mit sich bringen, lässt sich schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten, von den desaströsen Folgen für die Wirtschaft und dem sozialen Frieden in Deutschland ganz zu schweigen. Zudem warnen Experten, dass der Lockdown am Ende mehr Todesopfer fordern könnte, als das Virus selbst, etwa weil der Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen und Therapien für Kranke nicht mehr in vollem Umfang möglich ist.

Hinzu kommt, dass niemand weiß, wann ein masentauglicher Impfstoff zur Verfügung stehen wird

und wie viele Menschen überhaupt bereit sein werden sich impfen zu lassen. Die zum Teil massiven Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte von Bürgern und Gewerbetreibenden auf unbestimmte Zeit fortzusetzen, bis man die Bevölkerung durch ein mögliches Serum ausreichend gegen das Virus immunisiert hat, ist weder juristisch legitim noch politisch durchsetzbar.

Eine Alternative zur aktuellen Lockdown-Politik ist eine Strategie, die führende US-Wissenschaftler vor einigen Wochen in der sogenannten Great Barrington Declaration vorgestellt haben. Anstatt das öffentliche Leben insgesamt herunterzufahren, sollten allein die bekannten Risikogruppen, also ältere Menschen und solche mit Vorerkrankungen, die als besonders verletzlich gelten, durch adäquate Maßnahmen möglichst optimal geschützt werden, um die Gefahr einer Infektion in dieser Gruppe zu minimieren. Alle anderen sollten ein normales Leben führen und ihren Alltagsgeschäften nachgehen können. Dadurch, so die Wissenschaftler, werde sich im Laufe der Zeit eine Herdenimmunität gegen das Virus entwickeln, von der mittelfristig die gesamte Bevölkerung profitiere, auch die Risikogruppen.

Natürlich, meine Damen und Herren, ist dieser Ansatz, der auch von vielen Experten in Deutschland befürwortet wird, mit Risiken verbunden. Doch wenn die bisherigen Methoden versagen, müssen neue Wege gegangen werden, um die Pandemie in den Griff zu bekommen, ohne die Fundamente unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung und unseren wirtschaftlichen Wohlstand zu zerstören. Die Bekämpfung des Coronavirus darf im Ergebnis nicht zu einer irreparablen Beschädigung unseres Gemeinwesens führen.

Abschließend, meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt, der mir sehr wichtig ist: Auch in schwierigen Zeiten wie in diesen, darf Deutschland nicht permanent durch Notverordnungen regiert werden, die im Bundeskanzleramt zwischen Frau Merkel und den Ministerpräsidenten der Länder ausgehandelt werden. Wir brauchen vielmehr eine aktive Beteiligung der Parlamente, sowohl im Bund als auch in den Ländern, um im demokratischen Diskurs nachhaltige Konzepte zur Überwindung der Krise zu entwickeln. Nur so kann es gelingen, die Bürger mitzunehmen, um die Jahrhundertherausforderung Corona solidarisch zu meistern. Dass der Senat heute angekündigt hat, das Parlament zukünftig bei allen Entscheidungen einzubinden, begrüße ich ausdrücklich. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beck.

**Abgeordneter Beck (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wie ich bereits in meiner Rede während Herrn Finanzsenator Strehls Haushaltsberatung im Mai dieses Jahres sagte, sind nicht zuletzt aufgrund der Coronakrise, welche im März begann, und des durch die Bundeskanzlerin und alle Länderchefs beschlossenen erneuten Teil-Lockdowns nicht unwesentliche Teile der Bremer Wirtschaft akut in deren wirtschaftlicher Existenz bedroht. Woher wollen Sie das Geld nehmen, um diese zu unterstützen?

Gerade diese durch Sie mitgetragenen Coronamaßnahmen werden für viele Geschäftsinhaber und Mitarbeiter in der Gastronomie, der Veranstaltungsbranche und in anderen Bereichen der Freizeitbranche zu deren ultimativem Todesstoß. Während der Coronakrise im März beschlossen Sie, Herr Dr. Bovenschulte, und Ihr Senat gar nichts, sondern eilten Ihrem niedersächsischen Genossen, Herrn Weil, und seinen seinerzeit getroffenen Maßnahmen gehorsam hinterher. Jetzt stehen Sie wieder einmal unkritisch hinter den ab Montag gültigen Coronamaßnahmen und -verordnungen, welche in dieser Woche beschlossen wurden. Herr Bürgermeister Dr. Bovenschulte, übernehmen Sie für dieses Bundesland die Eigenverantwortung und verstecken Sie sich nicht hinter den durch die Kanzlerin und alle anderen Länderchefs getroffenen Coronamaßnahmen.

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Und dazu gehört er nicht, oder was?)

Am Ende dieser teilweise sinnlosen Coronaverordnungen wird wieder keiner dieser politischen Entscheider für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch Deutschlands und damit auch Bremens Verantwortung übernehmen wollen. Ähnliches kennen wir bereits leidvoll aus der deutschen Geschichte.

Bremer Kinder und Jugendliche leiden inzwischen beträchtlich an diesen auch Ihrem blinden Aktivismus geschuldeten Coronamaßnahmen und -verordnungen. Selbst mein elfjähriger Sohn fragte mich, weshalb ab Montag alle Restaurants und Betriebe der Freizeitbranche geschlossen bleiben müssen, die Schulen und Kitas allerdings geöffnet blieben.

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Damit er etwas lernt! – Abgeordneter Güngör [SPD]: Ein regelmäßiger Restaurantbesucher, der Sohn!)

Ich gehe nicht davon aus, dass COVID-19 vor Schulen –. Möchten Sie etwas dazu sagen?

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Das war ein Zuruf!)

Dann seien Sie doch bitte einmal ein bisschen leise. Ich gehe nicht davon aus, dass COVID-19 vor Schulen oder Kitas haltmachen wird. Es dürfte interessant werden, wann gegen die Senatorin für Kinder und Bildung die ersten Strafanzeigen wegen Körperverletzung und Verstößen der staatlichen Fürsorge- und Sorgfaltspflicht bei der Polizei und der Staatsanwaltschaft auflaufen werden. Nicht zuletzt und mit Blick auf die jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnisse, welche die Letalität des COVID-19-Virus noch einmal deutlich realistischer bewerten, sollten Sie Ihre Vorgehensweisen noch einmal dringend überdenken. Sie sind dabei, Porzellan zu zerschlagen, welches Sie nie wieder gekittet bekommen.

Inzwischen werden Häuser durch zugereiste Berliner Frauengruppen zu touristischen Zwecken besetzt, denn Bremen ist eine schöne Stadt und die linksgerichtete Bremer Szene wie aber auch Abgeordnete aus dieser Landesregierung applaudieren und solidarisieren sich mit diesen skurrilen Typen. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Besetzer die Coronaverordnungen befolgen werden. Hinzu kommt, dass sicherlich mehr als zehn Personen aus unterschiedlichen Familien in dem besetzten Haus verweilen, hausen. Da darf der Bremer Bürger gespannt sein, ob die Innenbehörde mit aller Konsequenz die Coronaverordnungen gegen diese selbsternannten Hausbesetzer

(Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: \*innen!)

durchsetzen wird. – Vielen Dank, sehr geehrte Damen und Herren!

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

**Abgeordneter Röwekamp (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der letzte Beitrag der AfD hat meine Erwartungen nicht erfüllt,

(Heiterkeit SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

weil er weit hinter dem zurückgeblieben ist, was Herr Gauland im Deutschen Bundestag gesagt hat. Er hat ja offenbart, sie haben eigentlich gar keinen Plan.

(Heiterkeit SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Jetzt einfach zu sagen, der Bürgermeister läuft anderen hinterher

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Versteckt sich!)

und macht nur das, was andere machen – ach so, richtig –, versteckt sich hinter seinen eigenen Beschlüssen. Ich finde, das, was Sie hier geboten haben, Herr Beck, ist selbst unter dem AfD-Niveau geblieben.

(Beifall CDU, SPD – Heiterkeit SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Zu Herrn Timke, nur ganz kurz. Ich habe zur Kenntnis genommen, das habe ich vorhin auch schon gesagt, das ist eine virologisch vertretbare Auffassung, zu sagen, wir isolieren einfach die Herde. Die Herde, das sind in diesem Fall alle alten Menschen, alle Menschen, die eine Gefährdungsbesitzung besitzen, weil sie eine Lungenkrankheit haben. Wir isolieren diese vollständig, wir nehmen sie aus der Mitte unserer Gesellschaft heraus und karnisieren sie. Das ist jetzt Ihre Lösung und ich sage, ja, vielleicht hilft das virologisch, aber es sprengt unsere Gesellschaft.

Wenn die Oma im Pflegeheim unmittelbar in den Wochen vor ihrem Tod das Enkelkind nicht mehr drücken oder die Tochter nicht mehr sehen oder keinen geistlichen Beistand bekommen oder auch nicht mehr an einer Familienfeier teilnehmen kann, finde ich, dann richten wir einen irreparablen Schaden in unserer Gesellschaft an. Unsere Gesellschaft lebt von dem Miteinander der Menschen und nicht davon, dass wir sie isolieren und dass wir sie trennen. In der Abwägungsentscheidung, ob wir uns alle beschränken müssen, damit einige wenige Risikopatienten ein gesellschaftlich akzeptables Leben in der Mitte unserer Gesellschaft haben oder ob wir sie isolieren und sagen, die müssen eben anders damit klarkommen als wir, bleibe ich bei meiner Auffassung. Ich finde die Solidarität an dieser Stelle wesentlich wichtiger als zu sagen, wir stecken einzelne Menschen in die totale gesellschaftliche Isolation. Deswegen bin ich für den anderen Weg.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich hatte mich allerdings schon gemeldet, bevor diese beiden Wortbeiträge waren, weil, Frau Wischhusen, das einfach nicht unwidersprochen bleiben kann, was Sie hier gesagt haben. Ich habe mich spontan gemeldet, als Sie gesagt haben, die Legislative hätte sich aus dieser Diskussion, ich habe nicht mehr den genauen Wortlaut, verabschiedet.

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Das Parlament hat sich außer Kraft gesetzt!)

Außer Kraft gesetzt, oder so. Ich würde Ihnen empfehlen, gehen Sie doch einmal auf die Seite der Bremischen Bürgerschaft – das ist hier, das ist unser Parlament –

(Heiterkeit SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

und geben Sie einmal unter Dokumente als Suchbegriff „Corona“ ein. Dann werden Sie feststellen, dass wir uns als Parlament seit März in jeder Sitzung der Bremischen Bürgerschaft insgesamt mit 50 Initiativen zur Frage des aktuellen Umgangs mit den Auswirkungen der Coronapandemie beschäftigt haben. Alle, sogar Sie, haben sich an dieser Debatte beteiligt. Deswegen ist es populistisch, sich hier hinzustellen und zu sagen, da handeln nur noch einige wenige aus irgendwelchen Regierungen ohne Legitimation und wir als Parlament nehmen an dieser Debatte nicht teil. Das ist einfach schlicht falsch. Wir haben an dieser Debatte über die Wochen und Monate nicht nur in den Ausschüssen, nicht nur in den Deputationen, nicht nur in der öffentlichen Debatte, sondern auch hier im Herzen unserer Demokratie, in unserem Parlament, teilgenommen. Ich verahre mich gegen den Vorwurf, wir hätten uns aus dieser Debatte verabschiedet. Das mag für Teile Ihrer Fraktion stimmen, für uns stimmt es nicht.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich weise auch den Vorwurf zurück, wir würden nicht akzeptieren, dass es mehrere Meinungen gibt. Ja, es gibt zu jedem der Punkte, die von den Ministerpräsidenten mit der Bundesregierung verabredet sind, unterschiedliche Meinungen. Ich bin mir auch nicht sicher, ob die Regelungen, die wir jetzt für bestimmte Bereiche der Freizeitunterneh-

men, der Künstler und Soloselbstständigen getroffen haben, ob das alles richtig ist. Ich hätte es mir vielleicht auch anders vorgestellt.

Darüber haben wir alle diskutiert, ob nicht vielleicht eine Sperrstunde ab 20 Uhr eine mögliche Alternative gewesen wäre oder ob man nicht sagen könnte, wir konzentrieren uns auf die Speisegastronomie und lassen die, wo man tatsächlich auch getrennt sitzt und das auch nachvollziehen kann, vielleicht offen. Es gibt ganz viele unterschiedliche Vorstellungen, wie man es vielleicht auch anders hätte machen können. Am Ende zählt aber doch, dass wir eine Verständigung aller 16 Bundesländer mit der Bundesregierung auf diese Maßnahmen haben. Da hätte man im Detail sicherlich auch zu anderen Verabredungen kommen können, vielleicht hätten die auch die gleiche Wirkung gehabt, aber wir müssen doch jetzt sagen, ob wir bereit sind, der gesamten Solidarität in Gesamtdeutschland gemeinsam zu folgen, oder ob wir einzelne Punkte bemängeln.

Ihr Antrag würde wieder dazu führen, dass es in Bremen anders ist, als in anderen Bundesländern und deswegen gehen wir Ihren Weg nicht mit. Es ist Schluss für Sonderwege. Es ist auch Schluss damit, dass jeder seine eigene Lösung findet und wir keine gemeinsamen Antworten mehr finden. Deswegen sind wir dafür, dass wir das eins zu eins umsetzen, was dort verabredet worden ist, auch wenn man im Detail vielleicht anderer Auffassung sein kann, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Und es gibt ja auch in Ihrer Partei zwei Meinungen, mindestens.

(Heiterkeit SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Teilweise haben ja die gleichen Leute zwei Meinungen.

(Heiterkeit)

Wenn ich mir beispielsweise anschau, was die FDP auf Bundesebene veranstaltet. Wenn man das noch einmal Revue passieren lässt, im Sommer haben sie noch gefordert, Beendigung aller Coronabeschränkungen, Schluss mit Corona, wir haben alles im Griff.

(Abgeordneter Prof. Dr. Hilz [FDP]: Hat keiner gefordert!)

Dann hat Anfang Oktober Ihr neuer Generalsekretär – Sie haben ja in Bremen auch einen, als einzige Partei haben Sie auch einen Generalsekretär in Bremen – dann auf Bundesebene gefordert, ja, jetzt muss Schluss sein mit Coronamaßnahmen. 14 Tage später gab es dann einen Coronafall im Bundeskabinett, da hat die gleiche Partei, der gleiche Generalsekretär gesagt, jetzt muss die ganze Bundesregierung in Quarantäne, obwohl die unter Coronabedingungen getagt haben. Die haben so getagt, wie Sie in der Speisegastronomie in Zukunft weiter essen wollen. Trotzdem sollten die alle in Quarantäne.

Als die Coronafallzahlen dann im Oktober wieder gestiegen sind, haben Sie auf Bundesebene verlangt, dass die Bundesregierung jetzt endlich einmal erklären müsse, warum das überhaupt stattfinden würde. Eine richtige Stringenz in Ihrer Linie bei Corona kann ich auch bundespolitisch nicht feststellen. Warum das in Rheinland-Pfalz richtig ist, was die Ministerpräsidenten beschlossen haben, warum das in Schleswig-Holstein richtig ist, was die Ministerpräsidenten beschlossen haben, warum das in Sachsen-Anhalt richtig ist, was die Ministerpräsidenten beschlossen haben, aber hier in Bremen falsch sein soll, sehr geehrte Frau Wischhusen, das haben Sie an keiner Stelle gesagt. Ihnen geht es gar nicht um den richtigen Weg. Ihnen geht es darum, die Gegner dieser Maßnahmen, deren Argumente ich teilweise nachvollziehen kann, auf billige Weise für sich politisch einzusammeln. Und das ist unredlich, meine Damen und Herren! – Vielen Dank!

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Präsident Imhoff:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats Kenntnis.

**„Es ist die Stunde der gemeinsamen Verantwortung!“**

**Resolution der Bremischen Bürgerschaft zur Bekämpfung der Coronapandemie**

**Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der CDU**

**vom 30. Oktober 2020**

**(Drucksache [20/676](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist getrennte Abstimmung beantragt worden.

Deshalb lasse ich zunächst über die Ziffern 4 und 12 des Antrags abstimmen. Wer den Ziffern 4 und 12 des Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen FDP, M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD])

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Timke [BIW])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Ziffern 4 und 12 des Antrags zu.

Nun lasse ich über die Ziffer 7 des Antrags abstimmen.

Wer der Ziffer 7 des Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD], Abgeordneter Timke [BIW])

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Ziffer 7 des Antrags zu.

Ich lasse jetzt über die restlichen Ziffern des Antrags abstimmen.

Wer den restlichen Ziffern des Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abgeordneter Beck [AfD], Abgeordneter Timke [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(M.R.F.)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den restlichen Ziffern des Antrags zu.

**Zweiten Lockdown verhindern – mildere Alternativen prüfen, bisherige Regeln endlich konsequent umsetzen!**

**Antrag der Fraktion der FDP vom 30. Oktober 2020 (Drucksache [20/677](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür FDP, Abgeordneter Timke [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende dieser Sondersitzung angekommen. Ich bedanke mich, dass Sie an einem Feiertag hierhergekommen sind! Ich bedanke mich vor allem bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bremischen Bürgerschaft, dass sie uns das ermöglicht haben, heute hier zu tagen.

(Beifall)

Hiermit schließe ich die Sitzung. Ich wünsche Ihnen allen ein schönes Wochenende und bleiben Sie gesund. – Danke schön!

(Ende der Sitzung 13:05 Uhr)